

Rechtliche Rahmenbedingungen darstellen

Informatikerinnen und Informatiker müssen in der Lage sein, die Unternehmens-Rechtsform von Unternehmungen bestimmen zu können und die vertragsrechtlichen Beziehungen der Unternehmung mit Kunden und/oder Lieferanten zu erkennen und anzuwenden.

Daher werden in den Lernbereichen eins und zwei dieses Lernmoduls die wichtigsten Unternehmens-Rechtsformen und die Grundsätze des Vertragsrechts dargestellt.

Daneben haben Informatikerinnen und Informatiker in jeder Unternehmung die gesetzlichen Rahmenbedingungen des Wettbewerbsrechts sowie des Umwelt- und Arbeitsschutzes einzuhalten.

Aus diesem Grund sind in den Lernbereichen drei, vier und fünf dieses Lernmoduls die wesentlichen Gesetze und Vorschriften beschrieben.

Alle notwendigen Informationen und Arbeitsunterlagen sind in diesem Lernmodul enthalten.

Dieses Lernmodul ist im häuslichen Studium zu erarbeiten.

Der benötigte Zeitaufwand liegt bei ca. 6 Stunden.

LERNMODUL 1

Ziele

Ausgangssituation

Planung

Inhaltsverzeichnis

1 Unternehmens-Rechtsformen	3
1.1 Rechtsformen privatrechtlicher Unternehmen	3
1.1.1 Einzelbetrieb	6
1.1.2 Personengesellschaften	6
1.1.3 Kapitalgesellschaften	9
1.1.4 Mischgesellschaften	16
1.1.5 Partnergesellschaften	17
1.2 Kriterien für die Wahl der Rechtsform	19
1.2.1 Haftung	19
1.2.2 Risikoübernahme	20
1.2.3 Leitungsbefugnisse	20
1.2.4 Finanzierung	20
1.2.5 Allgemeine Kriterien	21
2 Vertragsrecht	23
2.1 Grundsätze des Vertragsrechts	23
2.2 Vertragsformen nach BGB	27
2.3 Kreditsicherheiten	28
2.4 Verjährung	32
3 Wettbewerbsrecht	35
3.1 Grundsätze des Wettbewerbsrechts	35
3.2 Gesetze zum Wettbewerbsrecht	36
4 Gesetze zum Umweltschutz	41
4.1 Grundsätze des betrieblichen Umweltschutzes	41
4.2 Gesetze und Verordnungen zum Umweltschutz	44
5 Arbeitsschutzrecht	54
5.1 Grundrechte des betrieblichen Arbeitsvertragsrechts	54
5.2 Arbeitsrechtliche Schutzbestimmungen	58
Lösungsanhang	66

1 Unternehmens-Rechtsformen

Lernbereich

1.1 Rechtsformen privatrechtlicher Unternehmen

Unternehmen bestimmen als Macher unsere Wirtschaft. Im Zusammenspiel mit der Politik haben sie einen nicht unerheblichen Einfluss auf die Gesellschaft und bestimmen unser Wirtschaftsleben in großem Maße. Als Beispiel sei hier die Arbeitslosenquote angesprochen, welche gesellschaftliche und wirtschaftliche Folgen für jeden einzelnen Menschen in unserem Staat hat. Nachfolgende Tabelle soll einen ersten Überblick über die möglichen Rechtsformen von Unternehmen geben.

Einzelunternehmen:	Gesellschaftsunternehmen:
- Ein Einzelner ist Eigentümer.	- Das Unternehmen gehört mehreren Gesellschaftern.
- Alleiniger Gewinnanspruch, aber auch Risiko bei einer Person.	- Gewinn und Risiko sind auf mehrere Personen verteilt.
- Der Eigentümer haftet mit seinem gesamten Privatvermögen für Geschäftsschulden.	- Die Haftung wird durch mehrere getragen oder beschränkt sich auf das Gesellschaftsvermögen.
- Kapitalbeschaffung ist durch die Bonität des Eigentümers begrenzt.	- Die Kapitalbeschaffung ist bei Personengesellschaften und AG gut; schwieriger ist sie bei Gesellschaften mit Haftungsbeschränkungen.

Tabelle 1 Rechtsformen privatrechtlicher Unternehmen

In der gezeigten Tabelle sind Kriterien aufgeführt, welche die Rechtsform im Wesentlichen charakterisieren. Grundsätzlich ist die Wahl der Rechtsform hauptsächlich von den gesteckten Zielen einer Unternehmung abhängig. Unternehmen, die sich nach ihrer Gründung sehr stark entwickelt haben und bei denen sich neue Zielsetzungen bilden, werden ihre Rechtsform überprüfen und ggf. ändern. Diesen Vorgang bezeichnet man als „**Umwandlung**“.

Zurückkommend auf die Wahl der Unternehmensrechtsformen sollen die wichtigsten Kriterien, die ausschlaggebend für die Wahl sind, aufgezeigt werden:

- Haftung,
- Risikoübernahme,
- Leitungsbefugnis,
- Finanzierung,
- allgemeine Kriterien.

Während die Einzelunternehmung als Rechtsform keine weiteren Unterformen kennt, bietet das Privatrecht eine Einteilung der Gesellschaftsunternehmungen an. Die Gesellschaften kann man je nach Betrachtung in verschiedene Gruppen einteilen. Eine mögliche Aufteilung ist:

- In Handelsgesellschaften.
- In alle anderen Gesellschaften.

Zu den anderen Gesellschaften gehören Organisationen, die nicht besonders auf den Handel ausgerichtet sind, z.B. die Gesellschaft bürgerlichen Rechts, der Verein in seiner Grundform sowie die Genossenschaft als gemeinsame Selbsthilfe.

Eine Einteilung der Gesellschaften, welche sich heute üblicherweise durchgesetzt hat, ist die Unterteilung in drei große Gruppen:

- Personengesellschaften
- Kapitalgesellschaften
- Mischgesellschaften

Eine weitere Gesellschaftsform, die sich hauptsächlich aus Partnerschaften innerhalb der Kapitalgesellschaften gebildet hat, nennt man: **Partnergesellschaften**.

In der nachfolgenden Abbildung soll ein Überblick über die möglichen Unternehmensrechtsformen gegeben werden.

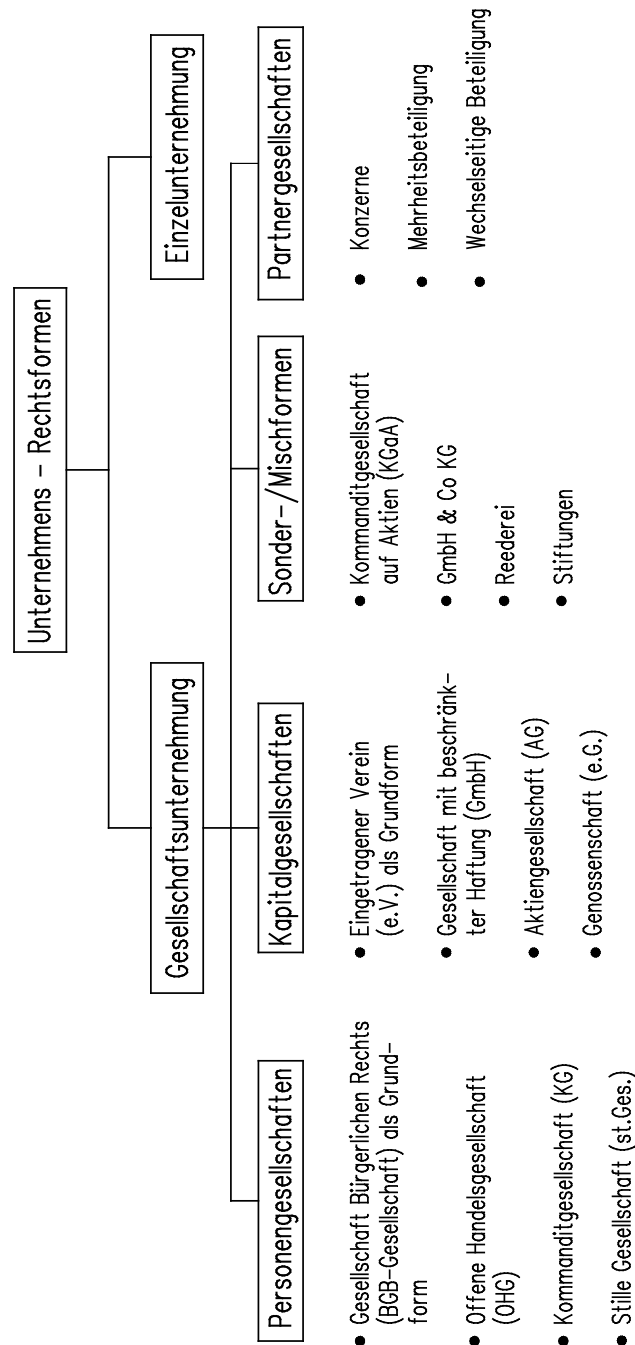


Abbildung 1 Unternehmensrechtsformen

Die Abbildung 1 zeigt die Vielfalt der Gesellschaftsformen auf, sodass dem Betrachter deutlich wird, dass jede dieser Gesellschaften Vor- und Nachteile haben muss, um gewählt zu werden. Die Basis für das heutige Gesellschaftsrecht bilden verschiedene Rechtsquellen.

Das Bürgerliche Gesetzbuch (**BGB**) ist Rechtsgrundlage für:

- die Gesellschaft des bürgerlichen Rechts,
- den Verein.

Das Handelsgesetzbuch (**HGB**) ist Rechtsgrundlage für:

- die offene Handelsgesellschaft,
- die Kommanditgesellschaft,
- die stille Gesellschaft,
- die Reederei.

Spezialgesetze sind die Rechtsgrundlage für:

- die Aktiengesellschaft (Aktiengesetz),
- die Kommanditgesellschaft auf Aktien (Aktiengesetz),
- die Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH - Gesetz),
- die Genossenschaft (Genossenschaftsgesetz).

Im Zusammenhang mit dem Gesellschaftsrecht muss man auch die beiden Grundtypen der Rechtssubjekte als Träger von Rechten und Pflichten der Gesellschaft unterscheiden. Das Gesetz unterscheidet in die beiden Rechtssubjekte:

- natürliche Personen (aus Fleisch und Blut),
- juristische Personen (rechtliches Gebilde).

Natürliche Personen

Natürliche Personen sind Menschen aus Fleisch und Blut, die selbst oder in Gemeinschaft mit anderen eine Gesellschaft gründen. Sie sind dann der Träger von den Rechten und Pflichten der Gesellschaft, und das Vermögen der Gesellschaft befindet sich in ihrem Eigentum. In einem solchen Fall ist die Gesellschaftsform eine Rechtsgemeinschaft von natürlichen Personen.

Juristische Personen

Die juristische Person ist ein künstlich geschaffenes Gebilde. Natürliche Personen schließen sich als Gesellschafter zu einer neuen Einheit, einer Gesellschaftsform mit eigener Persönlichkeit, zusammen. Diese Gesellschaftsformen sind von unserer Rechtsordnung mit eigener Rechtspersönlichkeit versehen und damit der natürlichen Person gleichgestellt. Die einzelnen Gesellschafter treten als Person dahinter zurück. Das Vermögen der Gesellschaft gehört in diesem Fall nicht den Gesellschaftern, sondern der Gesellschaft als juristische Person. Eine Gesellschaft, die juristische Person ist, ist dann auch Träger der Rechte und Pflichten und kann unabhängig von ihren Gründern existieren. Gesellschaften dieser Form werden auch „Körperschaft“ genannt.

1.1.1 Einzelbetrieb

Der Einzelbetrieb als Unternehmen ist die ursprünglichste und natürlichste Unternehmensform. Jede Person kann eine Einzelunternehmung gründen und sich als Kaufmann am Markt betätigen. Das Handelsgesetzbuch betrachtet den Inhaber einer Einzelunternehmung als Kaufmann.

Die Persönlichkeit des Inhabers steht im Einzelbetrieb im Vordergrund.

Sein Kapital und seine Leitung des Unternehmens entscheiden über den Geschäftserfolg. Das zeigt gleichzeitig die Grenzen einer Einzelunternehmung auf. Der Inhaber hat zwar das Anrecht auf den gesamten Erfolg (Gewinn), er trägt dafür aber auch das gesamte unternehmerische Risiko. Im Bedarfsfall haftet er mit seinem ganzen Vermögen für das Unternehmen, hiermit ist nicht nur das Geschäftsvermögen gemeint, sondern auch sein Privatvermögen.

- **Vorteile** einer Einzelunternehmung sind die hohe Flexibilität bei Entscheidungen und die Anpassungsfähigkeit an den Markt.
- **Nachteile** sind die begrenzte Kapitalkraft des Inhabers sowie seine beschränkte Arbeitskapazität.

1.1.2 Personengesellschaften

Die Personengesellschaft ist eine Zweckverbindung mehrerer Personen mit gemeinsamen Interesse. Folgende Formen der Personengesellschaften werden unterschieden:

- die Gesellschaft bürgerlichen Rechts (BGB-Gesellschaft),
- die offene Handelsgesellschaft (OHG),
- die Kommanditgesellschaft (KG),
- die stille Gesellschaft (st. Ges.).

BGB - Gesellschaft

Die BGB-Gesellschaft entsteht durch den vertraglichen Zusammenschluss (Gesellschaftsvertrag) zweier oder mehrerer Personen zur gemeinsamen Verfolgung eines beliebigen Zwecks. Die Gesellschafter können natürliche und juristische Personen sein. Für den Gesellschaftsvertrag besteht keine Formvorschrift. Der Zweck ist durch den Vertrag zu bestimmen, die Gesellschafter verpflichten sich, diesen auf ihre Weise zu verfolgen, in dem sie Beiträge leisten. Eine BGB-Gesellschaft betreibt kein Handelsgewerbe und trägt keinen Firmennamen. Außerdem ist sie nicht im Handelsregister eingetragen. BGB-Gesellschaften werden häufig gegründet von:

- nicht/oder Minderkaufleuten sowie Freiberuflern, das sind z.B. Gemeinschaftspraxen für Ärzte, Rechtsanwaltssozialitäten, Unternehmensberater,
- Gelegenheitsgesellschaften, wie z.B. Arbeitsgemeinschaften, Mitfahrgemeinschaften, Bauherrengemeinschaften,
- Kartelle und Konzerne.

Eine BGB-Gesellschaft wird aufgelöst, wenn folgende Punkte erfüllt bzw. erreicht werden:

- Kündigung des Gesellschaftsvertrages,
- Tod eines Gesellschafters,
- Konkurs der Gesellschaft.

Die Rechtsbeziehung der Gesellschafter untereinander nennt man „Innenverhältnis“. Hierzu müssen im Vertrag folgende Punkte konkret geregelt sein:

- Beitragsleistung,
- Gesellschaftsvermögen,
- Gewinn- und Verlustbeteiligung (Risikoübernahme),
- Gesellschafterbeschlüsse,
- Leitungsbefugnisse (Geschäftsführung),
- Treuepflicht,
- Wechsel eines Gesellschafters.

Als Erstes hat jeder Gesellschafter seine Beitragspflicht wie vereinbart zu leisten. Die Beiträge sowie die durch die Geschäftsführung erworbenen Gegenstände werden Gesamthandsvermögen. Die BGB-Gesellschaft ist keine juristische Person und kann deshalb als Gesellschaft nicht verklagt werden. Jeder Gesellschafter hat das Recht auf den gleichen Anteil am Gewinn und Verlust. Der Gesellschaftsvertrag kann aber auch eine andere Regelung vorsehen. Alle Gesellschafterbeschlüsse sind einstimmig zu fassen, falls der Gesellschaftsvertrag kein Mehrheitsprinzip vorsieht. Allen Gesellschaftern steht gemeinschaftlich die Geschäftsführung zu.

Nach außen haben alle Gesellschafter Vertretungsbefugnis. Für die Verpflichtungen, die von der BGB - Gesellschaft eingegangen wurden, haften die Gesellschafter persönlich, unbegrenzt und solidarisch mit ihrem gesamten Vermögen.

Die offene Handelsgesellschaft (OHG)

Die OHG ist ein Zusammenschluss von zwei oder mehreren Personen mit dem Zweck, unter dem gemeinsam gegründeten Unternehmen ein Handelsgewerbe zu betreiben. In einer OHG können jede natürliche und juristische Person Gesellschafter sein. Ein Gesellschaftsvertrag bedarf nicht der Schriftform, sie ist aber in der Praxis üblich. Die OHG selbst ist keine juristische Person.

Im Firmennamen muss die Haftungsbeschränkung erkenntlich sein, das bedeutet nicht anderes, als dass die Gesellschafter aus dem Firmennamen hervorgehen müssen. Ist der Gesellschaftsvertrag unterschrieben, so hat umgehend der Eintrag ins Handelsregister beim Registergericht zu erfolgen. Die Gründe für eine Auflösung der OHG sind im Folgenden aufgelistet:

- Zeitablauf des Gesellschaftsvertrages,
- Kündigung des Vertrages,
- Gesellschafterbeschluss,
- Konkurs der Gesellschaft,
- Tod eines Gesellschafters unter Vorbehalt,
- gerichtliche Entscheidung.

Bei dem Tod eines Gesellschafters darf die Gesellschaft von den übrigen Gesellschaftern fortgeführt werden. Allerdings haben die Erben des Verstorbenen einen Abfindungsanspruch. Nach der Auflösung der OHG folgt die Liquidation, d.h. alle laufenden Geschäfte werden beendet, Forderungen ausgeglichen und Vermögenswerte in Geld umgesetzt.

Im **Innenverhältnis** haben alle Gesellschafter die gleichen Beiträge zu leisten. Zusätzlich besteht die Pflicht zur aktiven Mitarbeit. Beschlüsse bedürfen der Mitwirkung aller Gesellschafter. Das Gesetz sieht eine Einstimmigkeit vor, der Gesellschaftsvertrag kann dieses ändern. Die Geschäftsführungsbefugnis obliegt jedem Gesellschafter einzeln. Die Verteilung von Gewinn und Verlust ist, falls der Gesellschaftsvertrag nichts anderes vorsieht, gesetzlich geregelt.

Im **Außenverhältnis** vertritt jeder Gesellschafter das Unternehmen auch einzeln. Jeder Gesellschafter haftet mit seinem Privatvermögen als Gesamtschuldner. Die OHG haftet mit dem Gesellschaftsvermögen.

Die Kommanditgesellschaft (KG)

Die Kommanditgesellschaft entsteht durch den Zusammenschluss zweier oder mehrerer Personen zum Betrieb eines Handelsgewerbes unter gemeinschaftlicher Firma. Die Gesellschafter können natürliche und juristische Personen sein. Die Kommanditgesellschaft ist eine Sonderform der OHG. Die entsprechenden Gesetze im HGB über die OHG und ergänzend die Gesetze über die BGB - Gesellschaft finden deshalb Anwendung, wenn das Recht der KG nichts besonderes vorschreibt. Ein wesentliches Merkmal der KG ist die unterschiedliche Haftungsverpflichtung der Gesellschafter. Bei der KG gibt es zwei Arten von Gesellschaftern:

- Den **Komplementär**, dies ist mindestens ein Gesellschafter, der persönlich unbeschränkt und solidarisch haftet sowie seine Arbeitskraft und sein Kapital zur Verfügung stellt.
- Den **Kommanditist**, mindestens ein Gesellschafter haftet nur mit seiner Einlage. Er steuert nur Kapital bei. Die Kapitaleinlage wird im Handelsregister eingetragen.

Die Kommanditgesellschaft ist nicht juristische Person. Der Gesellschaftsvertrag unterliegt keiner Schriftform, üblicherweise wird er aber schriftlich abgefasst. Nach Abschluss des Gesellschaftsvertrages ist die KG in das Handelsregister einzutragen. Die Auflösungsgründe für die KG entsprechen der OHG. Allerdings führt der Tod eines Kommanditisten nicht zur Auflösung der Gesellschaft.

Im Innenverhältnis hat der Komplementär die Geschäftsführung, die Kommanditisten sind von jeglicher Leitungsbefugnis ausgeschlossen. Sieht der Gesellschaftsvertrag nichts anderes vor, werden Gewinn und Verlust dem Gesetz entsprechend verteilt. Die Verlustbeteiligung der Kommanditisten ist dabei eingeschränkt. Nach Außen vertritt nur der Komplementär die KG. Er haftet auch mit seinem Privatvermögen unbeschränkt und solidarisch, ebenso haftet das Gesellschaftsvermögen. Der Kommanditist haftet nur mit seiner Einlage.

Die stille Gesellschaft

Eine stille Gesellschaft liegt dann vor, wenn sich eine Person mit einer Einlage an dem Handelsgewerbe eines Anderen beteiligt und dafür einen Gewinnanteil erhält. Stille Gesellschafter können natürliche und juristische Personen, z.B. Kapitalgesellschaften, sein. Die stille Gesellschaft ist von der Rechtsform mit einem einfachen Bankdarlehn zu vergleichen. Sie weist verwandte Züge bei folgenden Punkten auf:

- Form des Betrages,
- besteht aus einem Geldbetrag,
- Gesellschaftsvermögen,
- hieran besteht keine Beteiligung,
- Gewinn und Verlust,
- bei der stillen Gesellschaft anteilig, das Darlehn nach festgelegtem Zins.

Nach Innen und Außen obliegt alleine dem Geschäftsinhaber die Geschäftsführung unter eigenem Namen und auf eigene Rechnung. Dem stillen Gesellschafter stehen lediglich Kontrollrechte zu.

1.1.3 Kapitalgesellschaften

Die Organisationsform der Kapitalgesellschaften ist körperschaftlich, d.h. sie ist von den Personen der einzelnen Gesellschafter und der Geschäftsleitung rechtlich völlig unabhängig. Die Vertretung nach Außen erfolgt durch bestimmte Organe. Um handeln zu können, bildet die jeweilige Gesellschaftsform eine eigene Rechtspersönlichkeit: die juristische Person. Ein weiteres Wesensmerkmal der Kapitalgesellschaft als selbstständige juristische Person ist, dass sie keine feste Mitgliederzahl hat und bei Entscheidungen innerhalb der Gesellschaft das Mehrheitsprinzip gilt. Eigentümerin des Gesellschaftsvermögens ist die juristische Person.

Nachfolgend aufgeführte Kapitalgesellschaften werden im Einzelnen näher betrachtet:

1. eingetragener Verein (e.V.),
2. Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH),
3. Genossenschaft (e.G.),
4. Aktiengesellschaft (AG).

Eingetragener Verein

Der Verein wird als die Grundform der Kapitalgesellschaften betrachtet. Er ist eine von Organen geleitete körperschaftliche Verbindung, welche auf dem Mehrheitsprinzip aufbaut und Trägerin eigener Rechte und Pflichten ist. Der Verein ist damit juristische Person. Er muss in ein öffentliches Register „das Vereinsregister“ eingetragen werden. Drei Typen von rechtsfähigen Vereinen unterscheidet man heute:

- Der Idealverein: Er ist nicht auf wirtschaftlichem Gebiet tätig. Der Zweck des Idealvereins ist auf kulturelle, wissenschaftliche, gesellige oder vergleichbare Tätigkeiten gerichtet.
- Der wirtschaftliche Verein: Sein Zweck ist auf die Ausübung eines wirtschaftlichen Geschäftsbetriebes ausgerichtet. Rechtsfähig wird er nur durch staatliche Verleihung, innerhalb des Konzessionssystems.
- Der ausländische Verein: Das sind Vereine mit Sitz im Ausland, denen durch Verleihung die Rechtsfähigkeit in Deutschland gewährt werden kann.

In Deutschland steht es jedem Deutschen zu, sich zu Vereinen zusammen zu schließen. Die Grundlage ist im Grundgesetz Artikel 9 verankert. Dieses Recht nennt man „Vereinsfreiheit“. Sie gewährt die Freizügigkeit bei der Bildung eines Vereins.

Zur Gründung eines rechtsfähigen Vereins sind mindestens sieben Gründungsmitglieder erforderlich. Diese Mitglieder haben dann als Grundlage eine Satzung zu verabschieden, einen Vorstand zu wählen und den Verein im Vereinsregister anzumelden. Die Satzung hat mindestens den Zweck des Vereins, den Namen und Sitz des Vereins, Vorschriften über den Ein- und Austritt der Mitglieder, die Mitgliedsbeiträge sowie die Bildung der Organe, das sind Vorstand und Mitgliederversammlung zu enthalten. Als eigene Rechtspersönlichkeit kann der Verein nur durch seine Organe tätig werden.

Der Vorstand vertritt den Verein nach Außen, er ist der gesetzliche Vertreter in unbeschränktem Umfang. Die Mitgliederversammlung ist das oberste Organ des Vereins. Sie entscheidet durch Beschlussfassung und wählt den Vorstand. Ein Verein ist durch häufigen Mitgliederwechsel gekennzeichnet, deshalb ist das Handeln durch Organe zweckmäßig.

Mit der Mitgliedschaft in einem Verein erhält man Rechte und Pflichten. Wichtig sind das Stimmrecht mit aktivem oder passivem Wahlrecht sowie ein Nutzungsrecht der Sachen des Vereins. Pflichten sind die Beitragsleistung, die Teilnahme an Versammlungen, die Verpflichtung Ämter im Verein zu übernehmen und die Pflicht vereinschädigende Handlungen zu unterlassen. Die Mitgliedschaft beginnt mit der Vereinsgründung oder dem späteren Eintritt. Sie endet durch Austritt oder wenn das Mitglied durch Beschluss aus dem Verein ausgeschlossen wird.

Der eingetragene Verein haftet für die Handlungen seiner Organe als juristische Person. Die Haftung ist auf das Vereinsvermögen beschränkt. Die Haftung des Vorstandes ist entsprechend BGB erweitert, so haftet der Vorstand selbst, wenn er seine Vertretungsmacht überschreitet. Das dann von ihm vorgenommene Geschäft ist für den Verein nicht verbindlich.

Die Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)

Die wirtschaftliche Bedeutung der GmbH ist in der Bundesrepublik Deutschland sehr groß. Die GmbH ist als Kapitalgesellschaft eine Handelsgesellschaft mit eigener Rechtspersönlichkeit, also juristische Person. Charakterisiert wird die GmbH durch den geringen Kapitalbedarf bei der Gründung und der Begrenzung des wirtschaftlichen Risikos im Haftungsfall und ist deshalb als Gesellschaftsform für kleinere und mittlere Unternehmen interessant. Eine GmbH kann zu jedem gesetzlich zulässigen Zweck errichtet werden. Rechtsvorschriften und Fragen werden eigens im GmbH - Gesetz beantwortet. Die Gründung einer GmbH kann von einem oder mehreren Gesellschafter erfolgen. Die Gesellschafter können natürliche oder juristische Personen sein. Die Gründung erfolgt durch Abschluss eines notariell beurkundeten Gesellschaftsvertrages. Dieser Vertrag, auch Satzung genannt, hat folgende Punkte zu enthalten:

- Zweck bzw. Gegenstand des Unternehmens,
- Name der Firma und Sitz der Gesellschaft,
- Betrag des Stammkapitals, nach Gesetz mindestens 25.000 €

Weitere mögliche Punkte des Gesellschaftsvertrages sind:

- Höhe der Stammeinlage je Gesellschafter und wie die übernommene Stammeinlage zu erbringen ist,
- Geschäftsführung,
- Vertretungsbefugnis,
- Geschäftsjahr (von - bis),
- Bekanntmachungen, z.B. die Bekanntmachung der Gesellschaft im Bundesanzeiger.

Der Gesellschaftsvertrag ist notariell zu beurkunden. Die Gesellschaft muss ins Handelsregister eingetragen werden. Das Mindestkapital, auch Stammeinlage genannt, beträgt **25.000 €** und muss vom Gesellschafter entsprechend seiner Einlagepflicht vor der Anmeldung zum Handelsregister erbracht sein. Der Stammeinlageanteil jedes Gesellschafters kann unterschiedlich hoch sein, außerdem sind Sacheinlagen möglich. Der Mindestbetrag für eine Stammeinlage beträgt 100 €.

Jeder Gesellschafter kann nur eine Stammeinlage bei der Errichtung der Gesellschaft übernehmen. Nachträglich können aber weitere Anteile erworben werden. Mit der Nachschusspflicht kann die Satzung der GmbH die Möglichkeit aufhalten, dass Gesellschafter zusätzlich zu der erbrachten Stammeinlage weitere Einlagen, so genannte Nachschüsse, erbringen. Dies kann dann der Fall sein, wenn das Verhältnis der Geschäftsanteile unter den Gesellschaftern ausgeglichen werden soll.

Geschäftsanteile der GmbH sind veräußerlich und vererblich. Gewinn und Verlust geht entsprechend des Gesellschaftsanteils den Gesellschaftern zu. Durch die Mitgliedschaft entstehen dem GmbH-Gesellschafter Rechte und Pflichten. Diese sind:

1. Rechte des Gesellschafters

- Stimmrecht,
- Kontrollrecht,
- Recht auf Übertragung der Mitgliedschaft,
- Recht auf Austritt,
- Recht auf Gewinnanspruch,
- Anspruch auf Anteil bei Auflösung der GmbH.

2. Pflichten des Gesellschafters

- Einlagepflicht,
- Nachschusspflicht,
- Konkurrenzverbot,
- Nebenleistungen (hiermit kann das Erbringen von Arbeitsleistungen oder die Lieferung von Produkten gemeint sein).

Die Organe der GmbH sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung. Als drittes Organ kann ein Aufsichtsrat durch die Gesellschafterversammlung gebildet werden, welcher die Geschäftsführung kontrolliert. Die Geschäftsführung wird von der Gesellschafterversammlung gewählt. Die Geschäftsführung kann durch einen Gesellschafter oder einen Fremdgeschäftsführer, welcher keine Geschäftsanteile hat, wahrgenommen werden. Die Geschäftsführung vertritt die Gesellschaft nach Außen unbeschränkt.

Die Haftung der GmbH ist auf das Gesellschaftsvermögen beschränkt, d.h. dass sie Gesellschafter nicht privat haften. Es muss aber ergänzt werden, dass der Geschäftsführer gegenüber der GmbH haftet, wenn er die Grundsätze der Sorgfalt eines ordentlichen Geschäftsmannes verletzt.

Auflösung einer GmbH ist durch:

- Gesellschafterbeschluss,
- Zeitablauf,
- gerichtliches Urteil,
- Konkurs

möglich.

Die Genossenschaft (e.G.)

Die Genossenschaft ist ein gemeinschaftlicher Geschäftsbetrieb, der von einer unbestimmten Anzahl von Mitgliedern gegründet werden kann. Die Mindestanzahl beträgt dabei 7 Personen. Dieser Zusammenschluss einer unbestimmten Zahl von Personen wird in der gängigen Literatur auch „offene Mitgliederzahl“ genannt. Die Mitglieder der Genossenschaft können natürliche und juristische Personen sein. In der Genossenschaft heißen die Mitglieder „Genossen“.

Die wesentlichen Merkmale der Genossenschaft sind:

- **Eigene Rechtspersönlichkeit:** Die Genossenschaft ist eine Körperschaft und im rechtlichen Sinne eine juristische Person.
- **Zusammenschluss einer unbestimmten Zahl von Genossen:** Jedermann kann in eine bestehende Genossenschaft eintreten und die Genossenschaft auch wieder verlassen. Es herrscht das „Prinzip der offenen Tür“. Die Mitgliedschaft in einer Genossenschaft ist an die Person gebunden, sie kann nicht übertragen oder vererbt werden.
- **Zielsetzung:** Die Zielsetzung der Genossenschaft ist es, eine Selbsthilfeorganisation für die Mitglieder zu sein. Der Geschäftsbetrieb ist nicht auf Erwerb und Gewinnverteilung, sondern nur auf die Förderung der wirtschaftlichen Aktivitäten der Genossen ausgerichtet. Damit ist die Genossenschaft im Grunde keine echte Handelsgesellschaft.
- **Grundkapital:** Die Beiträge der Genossen bilden als Einlage die Grundlage des Genossenschaftsvermögens. Da jeder grundsätzlich das Recht hat, Genosse zu werden, schwankt das Genossenschaftsvermögen. Es handelt sich also um ein veränderliches Grundkapital, welches das Vermögen der Genossenschaft bildet.
- **Haftungsverhältnisse:** Als juristische Person haftet die Genossenschaft für Verbindlichkeiten mit dem Genossenschaftsvermögen. Die Genossen haften also nicht privat für Genossenschaftsschulden. Im Einzelfall kann die Satzung der Genossenschaft eine Nachschusspflicht für den Fall des Konkurses vorsehen.

Die Gründung der Genossenschaft ist im Genossenschaftsgesetz verankert. Danach muss die Mindestgründerzahl **sieben** Genossen betragen. Diese sieben Personen haben bei der Bildung des Gründerkreises die Rechtsbeziehungen zwischen den Genossen in einem Statut schriftlich festzuhalten. Dieses Statut ist vergleichbar mit dem Gesellschaftsvertrag der GmbH oder der Satzung in einem Verein. Danach hat die Anmeldung ins Genossenschaftsregister zu erfolgen.

In dem Statut muss folgender gesetzlicher Mindestinhalt vor einer Anmeldung enthalten sein:

- **Firma und Sitz der Genossenschaft:** Aus der Firma muss der Gegenstand des Unternehmens abgeleitet werden können, (z.B. Agrargenossenschaft, Winzergenossenschaft, usw.)
- **Gegenstand bzw. Zweck des Unternehmens:** Nachschusspflicht der Genossen im Falle des Konkurses, Art und Weise der Einberufung der Generalversammlung, Bekanntmachungen,
- **Höhe der Geschäftsanteile** (Einlage und deren Einzahlungsfrist),
- **Bildung eines Reservefonds** und dessen Höhe.

Mit dem Reservefonds sollen die finanziellen Risiken der unternehmerischen Tätigkeit der Genossenschaft abgesichert werden. So sind Gläubiger (z.B. Banken oder Kunden) weniger gefährdet, falls durch unvorhersehbare Verluste das Genossenschaftsvermögen nicht ausreicht.

Die Genossenschaft hat drei Organe:

- Vorstand,
- Aufsichtsrat,
- Generalversammlung.

Der **Vorstand**, bestehend aus mindestens zwei Genossen, wird von der Generalversammlung gewählt und vertritt die Genossenschaft nach Außen. Der Vorstand führt die Geschäfte.

Der **Aufsichtsrat**, bestehend aus mindestens drei Genossen, wird ebenfalls von der Generalversammlung gewählt, und überwacht den Vorstand. Die Generalversammlung ist eine Mitgliederversammlung und wählt Vorstand und Aufsichtsrat. Außerdem können wichtige Unternehmensentscheidungen durch Beschlussfassung bestimmt werden.

Durch die Mitgliedschaft in der Genossenschaft hat man das Recht auf Benutzung der genossenschaftlichen Einrichtungen und auf einen Anteil am Reingewinn entsprechend dem Genossenschaftsanteil. Als Pflicht obliegt jedem Genossen die Beitrags- und Nachschusspflicht.

Die Aktiengesellschaft (AG)

Die Aktiengesellschaft ist die Organisationsform von Großunternehmen. Ihre wirtschaftliche und gesellschaftliche Bedeutung ist offenkundig, so repräsentieren die AG-Arbeitgeber etwa 25 % aller Beschäftigten in Deutschland und ihr Grundkapital liegt bei über 50 Milliarden €.

Der enorme Kapitalbedarf von Großunternehmen ist auch einer der Gründe, warum die AG die beliebteste und verbreitetste Gesellschaftsform für diese Unternehmungen ist. Fabrikanlagen, Bürohochhäuser und Maschinen zur Produktion sind kapitalintensiv und die Rechtsform der Aktiengesellschaft erleichtert die Kapitalbeschaffung. Viele Aktionäre können durch ihre Einlagen eine ausreichende Kapitalbasis schaffen.

Der „normale Bürger“ ist dabei schon lange als so genannter „Kleinaktionär“ von den Unternehmen entdeckt worden. Die Aktie kann als Geldanlage einen überdurchschnittlich hohen Ertrag erbringen, ist allerdings auch mit einem Risiko des Kapitalverlustes behaftet. Das Argument der Geldanlage dürfte auch den Ausschlag für Kleinaktionäre geben, sich an Großunternehmen zu beteiligen, hier steht der Ertrag und nicht die Gesellschaftsbeteiligung im Vordergrund.

Die Aktiengesellschaft ist die grundlegende Form der Kapitalgesellschaft. Sie ist körperschaftlich organisiert und hat eine eigene Rechtspersönlichkeit, sie ist juristische Person. Jede AG ist ohne Rücksicht auf den Gesellschaftszweck Handelsgesellschaft. Sie unterliegt den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) und dem Aktiengesetz (AktG).

Zur Gründung einer AG sind mindestens fünf Aktionäre nötig. Diese fünf Personen haben zur Gründung der AG nachfolgend aufgeführtes fünfstufiges Verfahren einzuleiten:

1. Feststellung der Satzung und Schreiben des Gründungsprotokolls
2. Das Grundkapital muss eingebracht werden.
(Das Grundkapital der AG beträgt mindestens 50.000 €)
3. Die Organe der AG werden bestellt.
4. Gründungsprüfung und Prüfungsbericht
5. Anmeldung zum Handelsregister und Eintragung.

Die Satzung der AG beschreibt das Innenverhältnis, also die interne Organisation. In der Satzung müssen folgende Punkte enthalten sein:

- Firma und Sitz der Gesellschaft,
- Geschäftsjahr z.B. das Kalenderjahr,
- Gegenstand des Unternehmens,
- Bekanntmachungen, z.B. Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen ausschließlich im Bundesanzeiger,
- Höhe und Einteilung des Grundkapitals,
- Zusammensetzung des Vorstandes,
- Zusammensetzung, Amtsdauer und Amtsniederlegung des Aufsichtsrats,
- Ort und Einberufung der Hauptversammlung,
- Beschlussfassung,
- Jahresabschluss und ordentliche Hauptversammlung.

Nach Erstellung der Satzung und des Gründungsprotokolls, welches ein Schriftstück sein kann, ist dieses notariell zu beurkunden. Die Gründer, der Vorstand und der Aufsichtsrat melden dann die AG zum Handelsregister an. Die Eintragung in das Handelsregister wird dann im Bundesanzeiger publiziert.

Aktie

Es wurde festgehalten, dass das Grundkapital der AG mindestens **50.000 €** betragen muss. Dieses Grundkapital, auch „Stammkapital“ genannt, setzt sich aus den Aktien als Teilsummen zusammen und wird durch die Aktionäre aufgebracht. Das Gesellschaftsvermögen einer AG wird im Laufe der Geschäftstätigkeit aus dem Grundkapital und nicht ausgeschütteten Gewinnen sowie Krediten gebildet.

Die Aktien können entweder als Nennbetragsaktien oder als Stückaktien begründet werden. Nennbetragsaktien müssen auf mindestens **einen Euro** lauten. Aktien über einen geringeren Nennbetrag sind nichtig. Höhere Aktiennennbeträge müssen auf volle Euro lauten.

Stückaktien lauten auf keinen Nennbetrag. Die Stückaktien einer Gesellschaft sind am Grundkapital in gleichem Umfang beteiligt. Der auf die einzelne Aktie entfallende anteilige Betrag des Grundkapitals darf einen Euro nicht unterschreiten.

Eine Aktie ist grundsätzlich frei veräußerbar. Sie repräsentiert die Beteiligung an der AG und beinhaltet Mitgliedschaftsrechte und -pflichten. Eine Aktie wird in Form einer Urkunde als Quittung an den Aktionär übergeben. Es werden zwei Arten von Aktienurkunden im Grundsatz unterschieden:

1. **Namensaktie:** Der Aktionär ist auf der Rückseite der Urkunde namentlich aufgeführt und im so genannten Aktienbuch erfasst. Das Aktienbuch ist eine Liste, welche es jederzeit möglich macht, die Gesellschafter einer AG namentlich zu ermitteln. Die Namensaktie ist auf eine bestimmte Person fixiert, ihre Veräußerung kann in der Satzung eingeschränkt werden.
2. **Inhaberaktie:** Die Inhaberaktie trägt keinen Hinweis des Aktionärs auf der Urkunde. Hier bleibt der Rechtsinhaber der Urkunde, also der Aktie, anonym. Dem Gesetz nach muss ein Aktionär mit mehr als 25 % der Aktien dies publizieren, es besteht dann also eine Mitteilungspflicht. Die meisten Aktien einer AG sind Inhaberaktien. Sie dienen der Kapitalsammelfunktion der AG am besten.

Im Hinblick auf die mit der Aktie verbundenen Rechtsstellung des Aktionärs unterscheidet man im Stamm- und Vorzugsaktien.

3. **Stammaktie:** Die Stammaktie beinhaltet Stimm- und Gewinnrechte.
4. **Vorzugsaktie:** Die Vorzugsaktie ohne Stimmrecht gewährt einen höheren Gewinnanspruch.

Die Börse ist der Handelsort für Aktien und bestimmt deren Kurswert durch freien Handel. Der Kurswert ist der Preis, zu dem man eine Aktie kaufen kann.

Die nachfolgende Abbildung gibt Aufschluss über die verschiedenen Aktienarten.

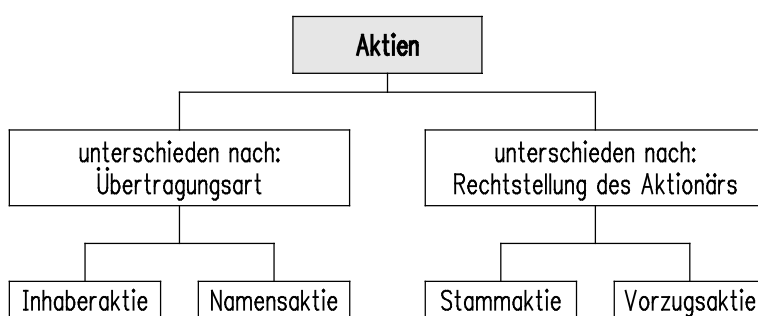


Abbildung 2 Aktien

Als Körperschaft handelt die AG durch ihre Organe. Drei Organe sind für die AG vorgeschrieben:

- Hauptversammlung,
- Vorstand,
- Aufsichtsrat.

Die Hauptversammlung ist die Mitgliederversammlung der Aktionäre einer AG und bildet das oberste Organ. Folgende Aufgaben fallen in den Kompetenzbereich der Hauptversammlung:

- Wahl des Aufsichtsrats,
- Verwendung des Bilanzgewinns,
- Entlastung von Vorstand und Aufsichtsrat,
- Bestellung der Abschlussprüfer,
- Satzungsänderungen,
- Maßnahmen der Kapitalbeschaffung,
- Auflösung der Gesellschaft.

Wichtige Grundsatzentscheidungen der AG hat die Hauptversammlung, welche mindestens einmal jährlich abzuhalten ist, zu beschließen. Der **Vorstand** wird vom Aufsichtsrat gewählt und ist das geschäftsführende Organ der AG. Der Vorstand muss aus einer oder mehreren natürlichen Personen bestehen. Er leitet die AG nach Innen und Außen in eigener Verantwortlichkeit. Der Vorstand ist die Geschäftsführung einer AG und ist verpflichtet, den Aktionären einmal jährlich Rechenschaft über seine Arbeit abzulegen. Der Vorstand wird längstens für fünf Jahre bestellt und erhält einen Anstellungsvertrag.

Der **Aufsichtsrat** ist das Kontrollorgan der AG. Er ernennt den Vorstand und kontrolliert dessen Geschäftsführung. Er besteht aus mindestens drei Mitgliedern, seine Höchstzahl ist von der Arbeitnehmerschaft bzw. dem Unternehmenszweck abhängig (z.B. Montanunion). Die Amtszeit der Aufsichtsräte beträgt höchstens vier Jahre.

Die AG haftet gegenüber offenen Forderungen nur mit dem Gesellschaftsvermögen. Die persönliche Haftung der Aktionäre für Schulden ist ausgeschlossen. Genauso ist die persönliche Haftung der Geschäftsführung (Vorstand) ausgeschlossen.

Der erzielte Gewinn wird in drei Bereiche aufgeteilt:

- in **Tantieme**; d.h. ein Teil des Gewinns wird als zusätzliche Bezahlung an den Aufsichtsrat und den Vorstand genutzt,
- die **Rücklagen**; es fließen Teile des Gewinns in die Reserven,
- die **Dividende**; der Rest des Gewinns wird als Dividende (Ertrag) an die Aktionäre ausgeschüttet.

1.1.4 Mischgesellschaften

Damit das Gesellschaftsrecht vervollständigt wird, müssen noch einige Sonder- bzw. Mischformen aufgezeigt werden. Nachfolgend aufgeführte Mischformen sind im heutigen Wirtschaftsleben relevant:

1. die Kommanditgesellschaft auf Aktien (KGaA),
2. die GmbH & Co KG,
3. Reederei,
4. die Stiftungen.

Die Kommanditgesellschaft auf Aktien

Die KGaA ist eine Mischform zwischen Kommanditgesellschaft und Aktiengesellschaft. Sie ist eine Kapitalgesellschaft mit eigener Rechtspersönlichkeit und wird im Aktiengesetz geregelt. Die KGaA ist juristische Person.

Zur Gründung einer KGaA sind mindestens fünf Gründer erforderlich, mindestens ein Gesellschafter der fünf Gründer haftet den Gläubigern persönlich und unbeschränkt. Die übrigen Gesellschafter haften nur mit ihren Aktienanteilen ohne persönliche Haftung.

Die Organe der KGaA sind:

- der persönlich haftende Gesellschafter, er hat die Geschäftsführung und bildet das Vertretungsorgan nach Innen und Außen,
- Aufsichtsrat, der Aufsichtsrat hat eine Doppelfunktion, er überwacht die Geschäftsleitung und führt Beschlüsse der Hauptversammlung durch,
- die Hauptversammlung, sie ist eine Mitgliederversammlung der Kommanditaktionäre, wichtige Beschlüsse der Hauptversammlung bedürfen der Zustimmung des persönlich haftenden Gesellschafters.

GmbH & Co KG

Die GmbH & Co KG ist eine Mischung aus GmbH und Kommanditgesellschaft. Sie ist eine Personengesellschaft, deren Vollhafter keine natürliche Person, sondern eine GmbH ist. Damit ist sie eine beschränkt haftende Personenhandelsgesellschaft. Gründungsmotive für diese Gesellschaftsform sind:

- die Haftungsbeschränkung,
- die Steuervorteile,
- Nutzung der Vorteile von Personen- und Kapitalgesellschaften.

Die GmbH & Co KG gilt primär als Kommanditgesellschaft, auf die das KG-Recht angewendet wird. Die Entstehung kann als Neugründung oder als Eintritt einer GmbH als haftender Komplementär in eine bereits bestehende KG erfolgen. Die Firma der GmbH & Co KG muss dann den Namen des persönlich haftenden Gesellschafters plus einem Gesellschaftszusatz enthalten.

Der persönlich haftende Gesellschafter ist der Geschäftsführer und wird durch die Komplementär - GmbH bestimmt. Die Gesellschafter der GmbH sind meistens die Kommanditisten der KG. Die Komplementär - GmbH haftet unbeschränkt mit ganzem Vermögen, die Kommanditisten haften nur mit ihrer Einlage. Die Beteiligung der Gesellschafter an Gewinn und Verlust regelt der Gesellschaftsvertrag.

Die Reederei

Mehrere Personen schließen sich als Reederei zusammen, um gemeinschaftlich die Seeschifffahrt zu betreiben. Die Reederei ist eine Personengesellschaft und rechtlich nach dem HGB geregelt.

Die Stiftung

Eine Stiftung ist keine Gesellschaft im eigentlichen Sinne, es sind keine Personen beteiligt. Bei einer Stiftung wird eine Vermögensmasse verwaltet und einem bestimmten Stiftungszweck gewidmet. Der Sinn von Stiftungen besteht ausschließlich in der Förderung dieses Zweckes. Das Stiftungsrecht wird im BGB geregelt.

1.1.5 Partnergesellschaften

Partnergesellschaften sind verbundene Unternehmen. Bei den Partnergesellschaften geht es nicht um die Entstehung oder Umwandlung einer Gesellschaft, sondern um die Verbindung bereits bestehender, rechtlich unabhängiger Gesellschaften. Diese Form der Unternehmenszusammenschlüsse wird im Aktiengesetz geregelt. In der internationalen Wirtschaftssprache spricht man von folgenden Zusammenschlüssen:

- Konzernen,
- Kartellen,
- Konsortien,
- Syndikaten,
- Trusts.

Diese Art der Unternehmensverbindungen ist eine weitere Form der Konzentration wirtschaftlicher Macht. Der Beteiligungserwerb hat für die Unternehmen folgende Vorteile:

- Die beteiligten Unternehmen bleiben als rechtliche Einheit erhalten.
- Nach Außen sind die verbundenen Unternehmen Konkurrenten am Markt, intern können sie sich aber unterstützen.
- Es reicht eine Mehrheitsbeteiligung bei einem Unternehmen, um auf sie unternehmerischen Einfluss nehmen zu können. Der Kapitaleinsatz ist somit erheblich niedriger als bei einer Umwandlung oder Fusion.

In der Abbildung 3 werden die drei rechtlichen Möglichkeiten von Unternehmenszusammenschlüssen gezeigt.

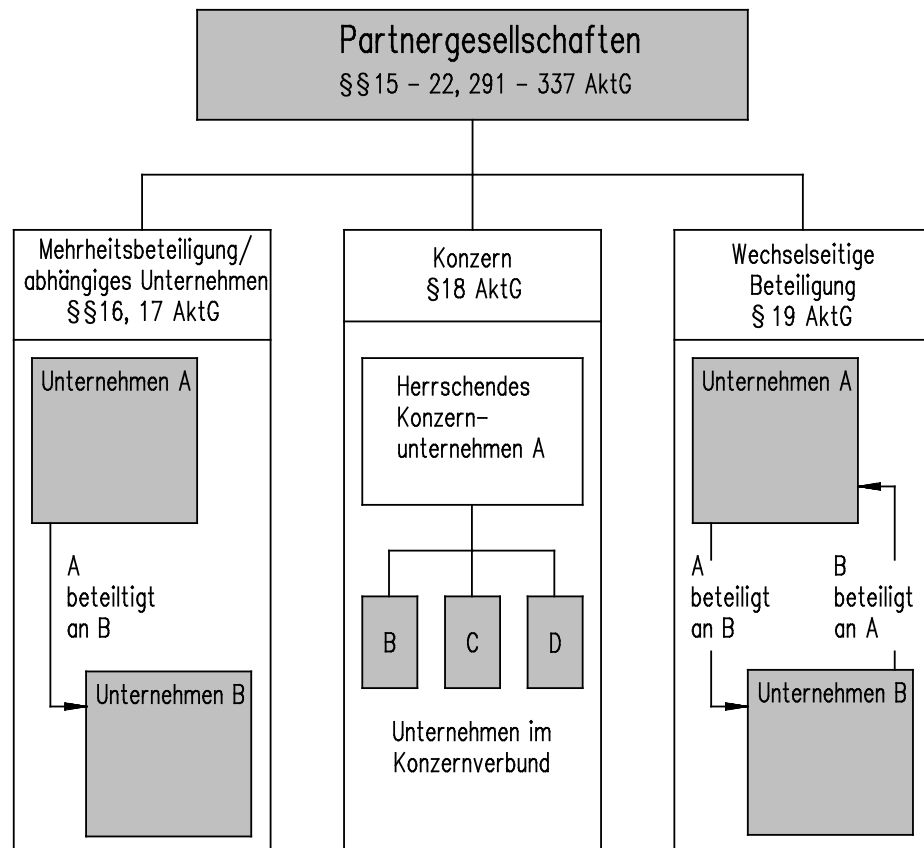


Abbildung 3 Partnergesellschaften

Mehrheitsbeteiligung gemäß §§ 16, 17 Aktiengesetz

Bei einer Mehrheitsbeteiligung ist ein rechtlich selbstständiges Unternehmen mit mehr als der Hälfte der Anteile und damit der Stimmrechte an einer anderen Gesellschaft beteiligt. Dieses Unternehmen wird „herrschendes“ Unternehmen genannt. Das „beherrschte“ Unternehmen heißt abhängiges Unternehmen.

Konzern gemäß § 18 AktG

Der Konzern bildet eine Leitungseinheit. Die Unternehmen, die im Konzernverbund zusammengeschlossen sind, bleiben rechtlich selbstständig, werden aber einheitlich geleitet. Oft schließen sich Unternehmungen der gleichen Branche, aber mit verschiedenen Produktionsinhalten, zusammen. Bekannte Konzerne in der Bundesrepublik Deutschland sind:

- Daimler-Chrysler aus der Branche Auto/Elektronik,
- VW aus der Branche Auto,
- VEBA aus der Branche Energie/Öl/Chemie,
- BASF aus der Branche Chemie,
- Krupp aus der Branche Stahl/Maschinen/Handel,

um nur einige wichtige zu nennen. Das herrschende Konzernunternehmen wird auch „Konzernmutter“ genannt. Dieses Unternehmen leitet einheitlich die so genannten „Tochtergesellschaften“.

Eine **Holding** ist eine Gesellschaft, die die Aktienmehrheit von allen untergeordneten Gesellschaften besitzt, und diese wirtschaftlich beherrscht. Eine **Holdinggesellschaft** ist ein Konzern, dessen Organisationsform auf die reine Kontroll- und Dachgesellschaft ausgerichtet ist, also der gemeinsamen Verwaltung und dem gemeinsamen Management dient.

Wechselseitige Beteiligung gemäß § 19 Aktiengesetz

Unternehmen, die sich mit mindestens 25 % an einem jeweils anderen Unternehmen beteiligen und im Gegenzug das andere Unternehmen mit ebenfalls mindestens 25 % beteiligt, nennt man „wechselseitig beteiligte Kapitalgesellschaften“. Grund für einen solchen Zusammenschluss ist, dass man Einfluss auf die Geschäftspolitik des jeweils anderen Unternehmens nehmen möchte.

1.2 Kriterien für die Wahl der Rechtsform

Die Kriterien zur Wahl einer Unternehmensrechtsform sind mit den Wesensmerkmalen privatrechtlicher Unternehmen fest verbunden.

Diese Kriterien sind:

- Haftung,
- Risikoübernahme,
- Leitungsbefugnis,
- Finanzierung,
- allgemeine Kriterien.

1.2.1 Haftung

Gesellschaften erbringen täglich Leistungen und nehmen Leistungen anderer in Anspruch. Es entsteht ein Warenverkehr zur Gesellschaft hin und von der Gesellschaft weg. Die hierbei zu Stande kommenden Verbindlichkeiten der Gesellschaft müssen durch Zahlungsmittel (z.B. Einnahmen, Kredite, usw.) gedeckt sein. Das „Eintreten müssen“ für die entstandenen Verbindlichkeiten nennt man „Haftung“. Die beiden extremsten Möglichkeiten der Haftung sind:

- die unbeschränkt persönliche Haftung, etwa bei Einzelunternehmen,
- die beschränkte Haftung bei Kapitalgesellschaften, etwa bei der Aktiengesellschaft.

Schließt ein Unternehmen die Haftung vollkommen aus, vermindert dies natürlich auch das Risiko der Gesellschafter. Auf der anderen Seite wird eine solche Gesellschaft Probleme bei der Kreditbeschaffung haben, weil nicht genügend eigene Sicherheiten angeboten werden. Die wohl bekannteste Art der Haftung ist die Produkthaftung. Der Hersteller haftet hierbei für Folgeschäden aus der Nutzung seiner Produkte. Es entstehen bei den Kunden vertragliche Schadensersatzansprüche, die im Bürgerlichen Gesetzbuch verankert sind. Die Haftungsvorschriften für die einzelnen Gesellschaftsformen sind in den jeweils zutreffenden Gesetzen zumeist zwingendes Recht. Sie dienen dem Schutz der Gläubiger.

1.2.2 Risikoübernahme

Jede kaufmännische Tätigkeit birgt Risiken und Gewinnchancen. Die Rechtsform der Gesellschaft und die ggf. Gesellschaftsverträge bestimmen die unterschiedliche Gewichtung der Risikoübernahme und der Gewinnverteilung. Es wird deutlich, dass die Risikoübernahme in einem engen Zusammenhang mit der Haftung steht. Man kann sich deshalb Folgendes merken:

Risikoübernahme und Haftung sind miteinander verbunden.

Risikoübernahme und Gewinnverteilung sind eng aufeinander bezogen.

Bei einem Einzelunternehmen trägt der Geschäftsinhaber alle Risiken alleine. Er hat deshalb, konsequenter Weise, auch Anspruch auf den gesamten erzielten Gewinn. Andererseits muss er auch die Verluste allein tragen. Betrachtet man die Aktiengesellschaft zum Vergleich, stellt man fest, dass das Risiko dort für den Gesellschafter auf den Betrag beschränkt ist, den er als einzelner Aktionär für den Kauf seiner Aktien ausgegeben hat.

1.2.3 Leitungsbefugnisse

Die Leitung einer Gesellschaft wird als „Geschäftsführung“ bezeichnet. Mit der Geschäftsführung sind rechtliche Verpflichtungen verknüpft, wie z.B. die Haftung und die Risikoübernahme. In einer Personengesellschaft steht, wie schon der Name sagt, die Person als Inhaber bzw. Gesellschafter stark im Mittelpunkt.

Diese Person ist daher auch in aller Regel mit der Geschäftsführung betraut. Bei den Kapitalgesellschaften liegt der Schwerpunkt, wie auch hier der Name sagt, auf dem Bereitstellen des Kapitals. Die Geschäftsführung wird den gesetzlich vorgeschriebenen Organen übertragen. Die Organe tragen kein Risiko und haften nicht persönlich, sie haben aber auch keinen Gewinnanspruch.

1.2.4 Finanzierung

Die Kapitalbeschaffung, das ist die Beschaffung von Eigen- und Fremdkapital, ist für die Wahl der Rechtsform einer Unternehmung von großem Einfluss. Zwei Arten der Finanzierung werden unterschieden, durch:

- **Eigenkapital:**

Das ist das Kapital, welches ein Unternehmer seiner Unternehmung zur Verfügung stellt. Es ist begrenzt durch die Höhe des Vermögens eines Unternehmers. Mit anderen Worten, er kann nicht mehr investieren, als er persönlich besitzt.

Personengesellschaften können ihr Eigenkapital durch die weitere Aufnahme von Gesellschaftern vergrößern. Kapitalgesellschaften haben die besten Möglichkeiten zur Beschaffung von Eigenkapital. Sie können an jede natürliche oder juristische Person Gesellschaftsanteile (z.B. Aktien) verkaufen.

- **Fremdkapital:**

Fremdkapital sind Kredite, die einer Gesellschaft gewährt werden. Die Höhe der Kredite richtet sich nach der Gesellschaftsform und auch nach der Höhe des Eigenkapitals als Sicherheit. Die Kreditwürdigkeit richtet sich nach den aktuellen wirtschaftlichen Verhältnissen einer Gesellschaft sowie nach dem Ruf, den eine Firma genießt und zahlreichen anderen subjektiven Faktoren.

1.2.5 Allgemeine Kriterien

Weitere Bestimmungsgründe für die Wahl der Rechtsform sind:

- **Das Steuerrecht:**

Die steuerliche Belastung der Gesellschaften ist bei der Wahl der Rechtsform von großer Bedeutung, denn hier werden Teile des Gewinns vom Staat abgeschöpft.

Die folgende Aufzählung gibt einen Überblick zum Steuerrecht, welchem die Gesellschaften unterliegen:

- Körperschaftssteuer,
- Einkommenssteuer,
- Kapitalertragssteuer,
- Gewerbesteuer,
- Kapitalverkehrssteuer,
- Umsatzsteuer,
- Grunderwerbssteuer.

Das Steuerrecht soll an dieser Stelle nicht weiter vertieft werden. Die Übersicht macht aber deutlich, dass es in der Bundesrepublik für die Unternehmen vielfältige Steuerarten gibt.

- **Persönliche Gründe:**

Bei der Wahl der Unternehmensform kommt mit Sicherheit ein gewisser Unabhängigkeitsdrang vom Gründer zum Tragen. Der Unternehmer möchte z.B., dass die zukünftige Firma seinen Namen trägt. Auch kommt es vor, dass aus Gründen der Tradition einer möglichen Umwandlung des Unternehmens in eine andere Gesellschaftsform verzichtet wird. Möglich ist ebenso, dass der Ruf, den ein Unternehmen erworben hat, als Basis für die Geschäftstätigkeiten wichtiger ist, als wirtschaftliche Vorteile einer Umwandlung in eine andere Rechtsform.

Aufgabe 1

Führen Sie die drei großen Gruppen auf, in die heute üblicherweise die Gesellschaften eingeteilt werden!

Aufgabe 2

Tragen Sie in die nachfolgende Abbildung die Gesellschaftsunternehmungen ein!



Aufgabe 3

Was versteht man im Sinne des BGB unter einer „Natürlichen Person“?

Aufgaben

Aufgabe 4

Welche Personengesellschaften werden mit den folgenden Abkürzungen gekennzeichnet: OHG, KG?

Aufgabe 5

Welche Punkte müssen im Gesellschaftsvertrag (auch Satzung genannt) einer GmbH enthalten sein?

Aufgabe 6

Nennen Sie mindestens je zwei Rechte und Pflichten eines Gesellschafters in einer GmbH!

Aufgabe 7

Was versteht man bei einer Genossenschaft unter dem Prinzip der „Offenen Tür“?

Aufgabe 8

In welchem Gesetz ist die Gründung der Genossenschaft festgelegt und wie viel Genossen müssen mindestens als Gründungsmitglieder vorhanden sein?

Aufgabe 9

Nennen Sie mindestens drei der fünf Stufen, die eingeleitet werden müssen, um eine Aktiengesellschaft zu gründen!

Aufgabe 10

Was versteht man unter einer Holding und was unter einer Holdinggesellschaft?

Aufgabe 11

Nennen Sie mindestens drei Kriterien zur Wahl einer Unternehmensrechtsform!

Aufgabe 12

Erklären Sie die Begriffe Eigenkapital und Fremdkapital!

2 Vertragsrecht

Lernbereich

2.1 Grundsätze des Vertragsrechts

Die Zeiten, in denen das Vertragsrecht mit dem bloßen Handschlag auskam, sind lange vorbei. Das Vertragsrecht ist in seiner Art heute erheblich komplexer. Das erklärt sich aus der Vielzahl von gesetzlichen Möglichkeiten und vom teilweise unüberschaubarem Vertragsinhalt. Im Grundsatz aber charakterisiert der Handschlag die auch heute noch gültige Basis für einen Vertrag. So ist der Vertrag gekennzeichnet durch:

Die Willenserklärung zum Vertrag, welche eine rechtliche Bindung hervorruft.

Ein Vertrag ist also schon dann gültig, wenn die Willenserklärung mündlich ausgetauscht wurde und dann z.B. durch den Handschlag besiegelt worden ist. Zu unterscheiden sind zwei Arten von Verträgen:

- **Der einseitig verpflichtende Vertrag;**
Eine Schenkung; hier verpflichtet sich lediglich der Schenkende, die Schenkung zu erbringen.
- **Der zweiseitige Vertrag;**
z.B. ein Kauf; der Käufer verpflichtet sich, den Kaufpreis zu zahlen. Der Verkäufer verpflichtet sich, das Eigentum an der verkauften Sache zu übergeben.

Aus einem Vertrag entsteht dem Recht nach ein Schuldverhältnis zwischen dem Schuldner und dem Gläubiger. Der Schuldner ist verpflichtet, dem Gläubiger einen Betrag zu bezahlen, auf den der Gläubiger Anspruch hat. Auf der anderen Seite ist der Gläubiger zu einer Leistung verpflichtet, dessen Ausführung der Schuldner verlangen kann. Die Entstehung von Schuldverhältnissen hat als mögliche Ursache meistens einen Vertrag zur Grundlage.

Definiert man den Vertrag im weitesten Sinne, so kann man sagen:

Der Vertrag ist durch gegenseitige übereinstimmende Willenserklärung zweier oder mehrerer Personen bzw. Vertragsparteien, ein zweiseitig zu Stande gekommenes Rechtsgeschäft.

Folgende Voraussetzungen müssen erfüllt sein, damit ein Vertrag entsteht:

- Die Willenserklärungen müssen sich decken.
- Die Vertragspartner müssen geschäftsfähig sein.
- Bei den Vertragspartnern muss der Wille zum Abschluss eines Vertrages vorliegen.

Jeder Vertrag verfolgt ein bestimmtes Ziel. Die Vertragsart ist das Mittel zur Erreichung eines bestimmten Zweckes und regelt auf dem Weg zum Ziel die gegenseitigen Rechte und Pflichten zwischen den Vertragsparteien.

Nachfolgend aufgeführte Vertragsarten sind möglich:

- Kaufvertrag,
- Arbeitsvertrag,
- Werkvertrag (zur Erbringung einer Arbeitsleistung),
- Auftrag/Dienstvertrag (zur Erbringung einer Dienstleistung),
- Darlehensvertrag (Kredit).

In der Praxis kommen noch zahlreiche Mischformen der genannten Vertragsarten hinzu.

Ein wesentliches Prinzip für den Abschluss eines Vertrages ist die Vertragsfreiheit. Die Vertragsfreiheit ist durch folgende Punkte gekennzeichnet:

- Den Vertrag überhaupt abzuschließen oder eben nicht.
- Den Vertragspartner zu wählen.
- Den Vertragsinhalt zu bestimmen.

Natürlich stößt die Vertragsfreiheit an Grenzen. Diese Grenzen werden durch Gesetze beschrieben. So sei in diesem Zusammenhang auf das Arbeitsrecht, das Mietrecht sowie das Kartellrecht hingewiesen, ohne an dieser Stelle näher darauf einzugehen.

Der Vertrag gliedert sich in zwei vollkommen unabhängige rechtliche Phasen, welche in der nachfolgenden Abbildung dargestellt werden.



Abbildung 4 Vertrag - rechtliche Phase

Die erste Phase ist der Abschluss, bestehend aus der Willenserklärung der Parteien in Form des Angebots und der Annahme. In dieser Phase entstehen die Rechte und Pflichten der Vertragsparteien.

Beispiel: Der Autoverkäufer spricht den Interessenten an und bietet ihm ein bestimmtes PKW-Fabrikat mit entsprechender Ausstattung an. Der Interessent sagt zu, das Fahrzeug zu kaufen. Dabei wird auch der für das Fahrzeug zu zahlende Preis festgelegt.

Die zweite Phase ist die Erfüllung des Vertrages und besteht aus der Vertragsleistung sowie der Gegenleistung.

Fortsetzung zum Beispiel: Die Leistung des Autoverkäufers besteht in der Lieferung des festgelegten Fahrzeugfabrikats mit bestellter Ausstattung. Als Gegenleistung hat der Kunde den vereinbarten Preis zu zahlen.

Die rechtliche Bedeutung von Angebot und Annahme als Willenserklärungen soll im Folgenden näher erläutert werden.

Phase 1: Vertragsabschluss

Prinzipiell ist jedes Angebot auch mit den Worten „Antrag“ oder „Offerte“ gekennzeichnet, das unter Anwesenden abgegeben wird, verbindlich. Es gibt aber entsprechende Vermerke, die das Angebot unverbindlich gestalten, so z.B. die Kennzeichnung:

- ohne Gewähr,
- solange der Vorrat reicht,
- frei bleibend,
- unverbindlich.

Ein wirksames Angebot (Antrag, Offerte) kann wie folgt aufgeteilt sein:

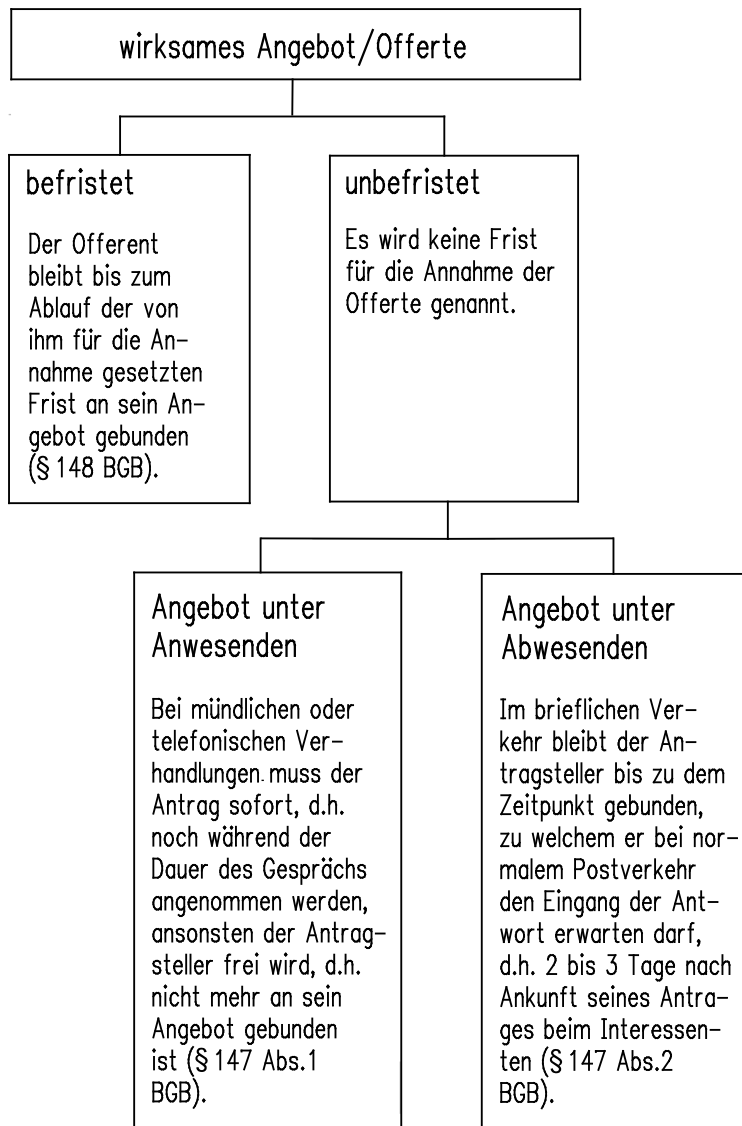


Abbildung 5 Vertragsabschluss

Bestätigungsschreiben

Zur Annahme eines Angebotes kommt es i.d.R. durch die ausdrückliche Erklärung auf die verbindliche Offerte in mündlicher, telefonischer, schriftlicher oder anderer Form. Unter Kaufleuten ist es üblich, einen mündlichen Vertragsabschluss schriftlich zu bestätigen. Sehr oft werden in dieser Bestätigung auch noch der vereinbarte Vertragsinhalt sowie kleinere Nebenpunkte spezifiziert. Wird das kaufmännische Bestätigungsschreiben widerspruchsfrei angenommen, so gilt dies als Einverständnis für den entsprechenden Vertrag mit dessen hier aufgeführten Inhalt.

Dies gilt auch dann, wenn der Inhalt des Bestätigungsschreibens Abweichungen vom vorher Vereinbarten enthält. Ein Kaufmann muss deshalb Bestätigungsschreiben genauestens überprüfen und ggf. zu den aufgeführten Vereinbarungen sofort Widerspruch einlegen und dies dem Vertragspartner schriftlich mitteilen.

Allgemeine Geschäftsbedingungen

Viele Verträge enthalten heute den Vermerk „Unter Zugrundelegung unserer allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB)“. Diese heute übliche Form der Vertragsangebote bestimmen oft in erheblichem Umfang den Inhalt der abgeschlossenen Verträge, ohne diesen einzeln ausgehandelt zu haben. Die „Allgemeinen Geschäftsbedingungen“ schränken dabei die Vertragsfreiheit durch die fertig vorliegende Vertragsordnung ein und begünstigen im Wesentlichen den wirtschaftlich stärkeren Geschäftspartner.

Die „Allgemeinen Geschäftsbedingungen“ sind in einem besonderen Gesetz, dem AGB-Gesetz geregelt. Das Gesetz zum AGB klärt die verbotenen Klauseln von Geschäftsbedingungen und regelt generell, wann überhaupt die „Allgemeinen Geschäftsbedingungen“ Bestandteil eines Vertrages werden können.

Mängel

Sollten die bei einem Vertragsabschluss abgegebenen Willenserklärungen einer oder beider Parteien infolge besonderer Umstände nicht ihrem wahren Willen entsprechen, so spricht man von einem Mangel des Vertragsabschlusses. Anfechtungsgründe des Vertragsabschlusses können sein:

- Irrtum,
- Täuschung.

Als **Irrtum** einer Vertragspartei können Inhalt oder Motiv oder Erklärungsirrtum zum Vertragsabschluss geltend gemacht werden.

Mit der **Täuschung** ist die arglistige Vortäuschung falscher Tatsachen einer Vertragspartei gemeint. Die Willensbildung ist einem solchen Fall auf unlautere Weise zu Stande gekommen.

Phase 2: Vertragserfüllung

Die Vertragserfüllung, bestehend aus Leistung und Gegenleistung, gibt Klarheit über das Erbringen der Leistungen und legt folgende Punkte fest, welche als Regeln anerkannt sind:

- Leistungsort,
- Leistungszeit,
- Erbringer der geschuldeten Leistung (ggf. auch durch einen Dritten möglich).

Leistungsort

Rechtlich ist der Leistungsort der Ort, an dem die Vertragsparteien ihre Verpflichtungen aus dem Vertrag erfüllen müssen. Aus der Sicht des Schuldverhältnisses zwischen Gläubiger und Schuldner unterscheidet man bei dem Leistungsort in:

- Holschulden: Der Leistungsort ist beim Schuldner.
- Bringschulden: Der Leistungsort ist beim Gläubiger.
- Schickschulden: Der Leistungsort ist beim Schuldner. Der Schuldner hat aber die Sache an den Gläubiger abzusenden.

Der Leistungsort kann von den Vertragsparteien frei vereinbart werden. Wurde nichts vereinbart oder gibt es Zweifel über den Leistungsort, hat der Schuldner die Leistung an seinem Wohnort zu erbringen. Im Zweifelsfall sind Schulden also Holschulden.

Leistungszeit

Gibt es keine Vereinbarung über den Zeitpunkt der Fälligkeit einer Leistung, kann diese sofort erbracht oder sofort gefordert werden.

Leistung durch Dritte

Die Regeln der Vertragserfüllung machen es möglich, dass die geschuldete Leistung auch durch eine Person erbracht werden kann, die nicht Vertragspartner ist.

2.2 Vertragsformen nach BGB

Die Form des Vertrages ist nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch (BGB) nicht vorgeschrieben. Nach BGB gilt der

Grundsatz der Formfreiheit.

Ein Vertrag kann mündlich, schriftlich oder auch stillschweigend wirksam abgeschlossen werden. Den Vertragsparteien bleibt dabei freigestellt, in welcher Form sie ihren Willen äußern und einen Vertrag abschließen.



Abbildung 6 Vertragsformen

In bestimmten Fällen bedarf es für gewisse Verträge einer besonderen Form, der Schriftform, um wirksam zu sein. Im Prinzip bedeutet die Formfreiheit, dass Verträge im Allgemeinen auch mündlich gelten. Die Schriftlichkeit wird vom Gesetz für Ausnahmen vorgeschrieben und hat folgenden Zweck:

- Die Vertragsparteien sollen vor übereilung geschützt werden,
- Die Tragweite und Wirkung des Vertrages soll überblickt werden,
- Der Vertragsinhalt muss auf Grund seiner Komplexität vollständig und klar abgefasst werden,
- Die Schriftlichkeit des Vertrages wird bei möglichen Streitigkeiten als Beweismittel benötigt,
- Es besteht ein öffentliches Interesse am Vertragsabschluss (z.B. Grundstückskauf)

Je weitreichender die Folgen eines Vertrages sind, desto strenger sind die einzuhaltenen Vorschriften. Das Gesetz hat hierzu eine Stufenfolge von Formvorschriften geschaffen, die in der nachfolgenden Abbildung dargestellt werden.

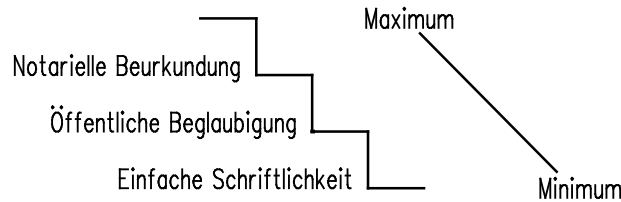


Abbildung 7 Stufenfolge bei Formvorschriften

Stufenfolge bei Formvorschrift

- **Einfache Schriftlichkeit nach § 126 BGB:** Ein Vertrag muss schriftlich niedergelegt und von jeder Vertragspartei unterzeichnet werden.
- **Öffentliche Beglaubigung nach § 129 BGB:** Die öffentliche Beglaubigung gibt ein Attest über die Echtheit einer Unterschrift ab. Dies wird benötigt, wenn die Identität mit der vorliegenden Unterschrift eines Vertrages oder eines Schriftstücks festgestellt werden soll.
- **Notarielle Beurkundung nach § 128 BGB:** Der Vertrag wird unter Mitwirkung eines Notars abgefasst. Der Notar unterschreibt auch den Vertrag und beurkundet ihn (z.B. bei einem Grundstückskauf oder einem Gesellschaftsvertrag ist diese Form vorgeschrieben).

2.3 Kreditsicherheiten

Zur Sicherung der Vertragserfüllung ist es sehr oft nötig, die aus dem Vertrag entstandenen und zu erbringenden Leistungen durch Nebenabreden zusätzlich sicherzustellen. Das Anliegen hierzu wird der Gläubiger vorbringen, der dadurch sein Vertragsrisiko einschränken möchte bzw. die Gewähr für eine reibungslose Abwicklung haben will. Als Sicherungsmittel sind zwei Arten von Sicherheiten möglich:

- die Realsicherheiten,
- die Personalsicherheiten.

Bei den **Realsicherheiten** haftet der Schuldner mit einer der Forderung entsprechenden Sache oder der Forderung entsprechend vergleichbaren Rechten. Bei den **Personalsicherheiten** haftet für den Schuldner eine andere Person, welche verspricht, für den Schuldner bei Verzug der Leistung anzutreten.

In der nachfolgenden Abbildung werden beide Möglichkeiten der Sicherungsmittel dargestellt und im Folgenden erläutert.

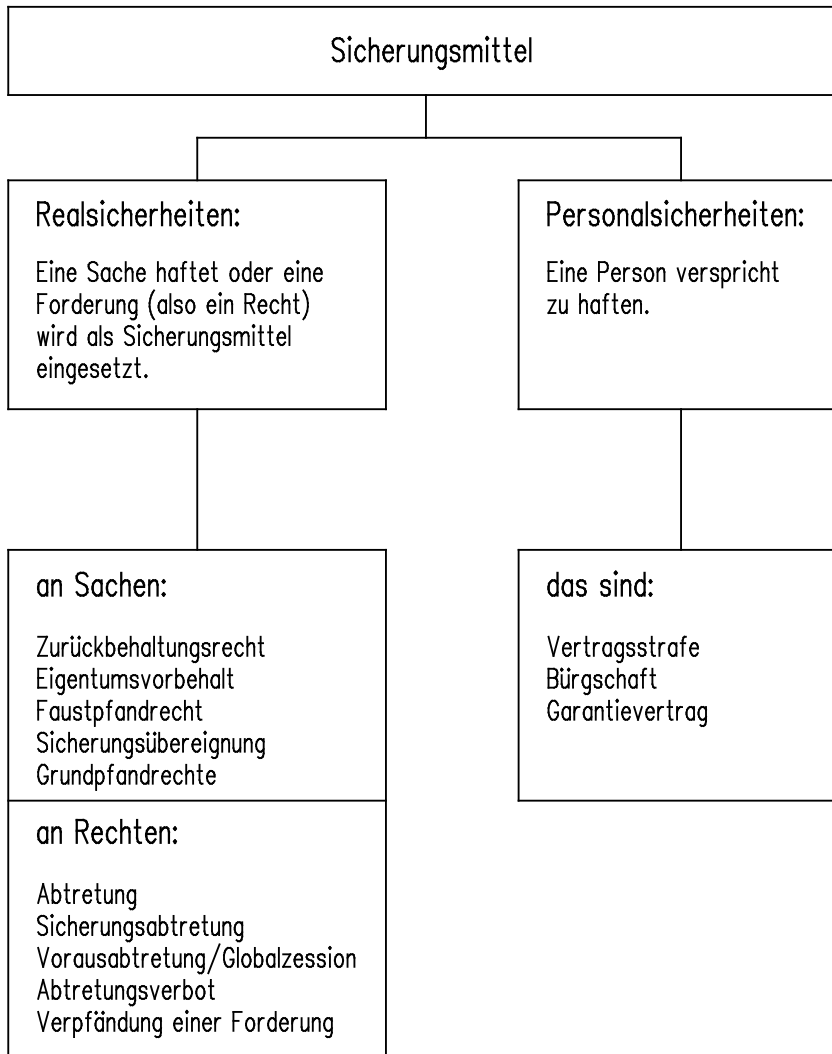


Abbildung 8 Möglichkeiten der Sicherungsmittel

Realsicherheiten

Sicherheiten an Sachen

1. Zurückbehaltungsrecht

Hierunter versteht man das Recht des Gläubigers, die vertraglich zugesicherte Leistung bis zum Eintritt der Gegenleistung dem Schuldner zu verweigern.

Beispiel: A verkauft B eine Stereoanlage für 3.000 €. B kommt nun, um die Stereoanlage abzuholen, zahlt aber den Kaufpreis nicht. Nun kann A die Stereoanlage bis zur Bezahlung zurückbehalten.

Wichtig für das Zurückbehaltungsrecht ist, dass die zurückbehaltene Leistung in einem natürlichen Zusammenhang mit der zu erbringenden Leistung steht.

Beispiel: Der Handwerker Müller repariert das Auto des Meier. Nach Beendigung der Arbeit möchte Meier das Auto abholen, möchte aber nicht bezahlen. Der Handwerker Müller verweigert daraufhin die Herausgabe einer Kamera, welche er von Meier geliehen hatte. Hier besteht kein Zusammenhang zur erbrachten Leistung. Vielmehr hätte der Handwerker Müller die Herausgabe des Fahrzeuges verweigern dürfen.

Die Vertragspartner sind dementsprechend zur Leistung Zug um Zug verpflichtet.

2. Eigentumsvorbehalt

Durch den Eigentumsvorbehalt braucht der Verkäufer erst dann eine Sache zu übereignen, wenn der Kaufpreis voll gezahlt ist.

Beispiel: O verkauft dem K eine Baumaschine, welche K in Raten abzahlen möchte. K erhält die Baumaschine und darf sie auch benutzen. Zahlt K eine der Raten nicht, kann O die Baumaschine wieder abholen, denn K ist erst dann Eigentümer der Baumaschine, wenn er den Kaufpreis vollständig gezahlt hat.

Für den Gläubiger ist diese Art der Realsicherheit besonders dann von Vorteil, wenn der Käufer in Konkurs geht. Der Gläubiger kann in einem solchen Fall sein Eigentumsrecht geltend machen.

3. Pfandrecht

Bei dem Faustpfand muss die Sache, die als Pfand genannt ist, in den Besitz des Pfandgläubigers gegeben werden. Hierzu ist es erforderlich, dass Pfandrecht durch einen Vertrag niederzulegen.

Beispiel: C übergibt den Uhrmacher L seine Wanduhr zur Reparatur. Als diese beendet ist, weigert sich C, die Rechnung zu bezahlen. Der Uhrmacher L ist jetzt berechtigt, die in seinem Besitz befindliche Wanduhr als Faustpfand zu behalten und diese notfalls zu versteigern. Aus dem Erlös der Versteigerung kann er dann seine Rechnung begleichen. Den Rest des Erlöses muss er dem C aushändigen.

4. Sicherungseigentum

Dem Gläubiger wird als Sicherheit das Eigentum an einer Sache übertragen. Der Schuldner bleibt weiterhin der Besitzer und kann die Sache auch benutzen.

Beispiel: A benötigt plötzlich einen Kredit, den die Bank C gegen Sicherheit auszahlen bereit ist. A übereignet nun sein Auto an C, mit der Abmachung, dass C das Eigentum zurückübertragen muss, sobald der Kredit zurückgezahlt ist. Kann A den Kredit nicht zurückzahlen, ist C gesichert, weil das Auto ihr gehört. C kann das Auto veräußern und den Erlös zur Tilgung des Darlehns behalten.

An diesem Beispiel wird zusätzlich deutlich, welche Vorteile das Sicherungseigentum gegenüber dem Pfandrecht hat. Wollte A nach dem vorgenannten Beispiel sein Auto dem C verpfänden, müsste er es an C auch herausgeben. Bei dem Sicherungseigentum ist dies nicht nötig.

5. Grundpfandrechte

Das Grundpfandrecht ist ausschließlich zur Verpfändung von Grundstücken gedacht. Es entsteht an einem Grundstück durch:

- Einigung zwischen Gläubiger (z.B. eine Bank) und Eigentümer und
- Eintragung in das Grundbuch (nach § 873 BGB).

Durch das Grundpfandrecht wird eine Hypothek, ein Kredit, eine Grundschild oder eine Rentenschuld abgesichert.

Beispiel: L kauft ein Haus und nimmt hierzu einen Kredit bei der Bank auf. Die Bank ist gegen Grundpfandrecht bereit, den Kredit auszuzahlen. Nun wird der Kredit als Hypothek auf das Haus in das Grundbuch eingetragen. Zahlt L die Schuld nicht, kann die Bank auf Verwertung des Grundstückes bestehen. Diese erfolgt dann im Wege der Zwangsvollstreckung, d.h. das Grundstück wird versteigert. Aus dem Erlös kann die Bank den Kredit tilgen.

Sicherheit an Rechten

1. Abtretung

Unter einer Abtretung versteht man die Übertragung einer Forderung an einen Dritten.

Beispiel: A hat bei der Bank C einen Kredit von 20.000 € aufgenommen. Gleichzeitig besitzt A eine Forderung von 20.000 € gegen B. A tritt jetzt seine Forderung gegen B an die Bank C ab. Durch diese Maßnahme wird das Darlehen der Bank C an A gesichert.

Wichtig hierbei ist, dass bezogen auf das Beispiel der B (also der Schuldner) nicht dieser Abtretung zustimmen muss. Der Altgläubiger A kann mit einem formlosen Vertrag zwischen ihm und der Bank C die Abtretung vollziehen.

2. Sicherungsabtretung

Die Sicherungsabtretung stellt eine Unterform der Abtretung dar und dient zur Sicherstellung einer Leistung, z.B. durch Handwerker in einem Wohnungsneubau.

3. Vorausabtretung

Sie ist eine weitere Unterform der Abtretung und dient der Übertragung zukünftiger Forderungen. Praktisch eingesetzt wird diese Abtretung von Unternehmungen, welche Geschäftskredite mit z.B. der Abtretung sämtlicher Forderungen für den Monat August decken können. Die abgetretenen Forderungen müssen klar bestimmbar sein, z. B. durch Einsicht in die Geschäftsbücher.

4. Abtretungsverbot

Die Vertragsparteien, also Gläubiger und Schuldner, können ein Abtretungsverbot vereinbaren, sodass Abtretungen unzulässig sind.

Beispiel: Der Schlosser M möchte zur Deckung eines Kredits eine Lohnabtretung vornehmen. Der gültige Tarifvertrag verbietet eine solche Abtretung, dies hat zur Folge, dass der Schlosser M keine Gehaltsansprüche abtreten kann.

Tarifverträge und Betriebsvereinbarungen legen häufig Abtretungsverbote fest, um die Existenz von Arbeitnehmern nicht zu gefährden.

5. Verpfändung einer Forderung

Im Grunde kann eine Forderung genauso wie eine bewegliche Sache verpfändet werden. Hierzu ist ein Verpfändungsvertrag erforderlich.

Personalsicherheiten

1. Vertragsstrafe

Durch die Vertragsstrafe verpflichtet sich der Schuldner vertraglich, eine Geldstrafe an den Gläubiger zu zahlen, wenn er die zugesicherte Leistung nicht erbringt. Die Vertragsstrafe stellt im Prinzip eine Art Schadensersatz für den Gläubiger dar, ohne dass der Nachweis der Schadenshöhe erbracht werden muss.

2. Bürgschaft

Bei der Bürgschaft verpflichtet sich ein Dritter (der Bürge) gegenüber dem Gläubiger, für die Erfüllung der Schuld einzustehen.

Beispiel: A kauft ein Haus und nimmt hierzu einen Kredit bei der Bank C auf. Als Sicherheit verpflichtet sich B (z.B. der Vater von A) als Bürge gegenüber der Bank C (Gläubiger) für die Erfüllung der Schuld einzustehen, falls A das Darlehen nicht zurückzahlen kann.

3. Garantievertrag

Mit dem Garantievertrag übernimmt ein Vertragspartner ein Risiko für den Eintritt eines bestimmten Ereignisses.

Beispiel: A kauft ein Auto von B. B erklärt, das er ein Jahr Garantie auf den Motor des Autos gibt, falls dieser einen Kolbenfresser bekommt.

Andere Arten von Garantieverträgen sind z.B. die von den Banken übernommene Einlösungsgarantie für Schecks oder die Deckung des Kontos bei vereinbarten Überziehungskrediten.

2.4 Verjährung

Werden die vertraglichen Leistungen wie vorgesehen erbracht, erlöschen im Normalfall die vertraglichen Verpflichtungen durch Erfüllung und somit erlischt das Schuldverhältnis. Meistens wird die Erfüllung durch eine Quittung bestätigt. Eine weitere Möglichkeit, dass Forderung und Gegenforderungen erlöschen, ist die Aufrechnung. Durch die Aufrechnung versuchen die Vertragsparteien Forderung und Gegenforderung auszugleichen, sodass nur über einen ggf. Restbetrag eine weitere Forderung besteht.

Nach Ablauf einer vom Gesetz festgelegten Zeit kann eine Forderung verjähren, d.h. sie kann gerichtlich nicht mehr durchgesetzt werden. Der Sinn der Verjährung besteht darin, Rechtsgeschäfte innerhalb einer nützlichen Frist abzuwickeln. Nach Eintritt der Verjährung besteht das Schuldverhältnis zwar weiter, die Erfüllung ist aber nur auf freiwilliger Basis möglich.

Nachfolgend aufgeführte Verjährungsfristen wurden vom Gesetz festgelegt:

- 2 Jahre (§ 196 BGB:
Ansprüche aus Geschäften des täglichen Lebens wie solche von Kaufleuten, Fabrikanten, Handwerkern wegen gelieferter Waren und Arbeiten.)
- 4 Jahre (§ 197 BGB:
Forderungen aus regelmäßig wiederkehrenden Leistungen wie Zinsen, Mieten, Renten, Lohn usw.)
- 30 Jahre (§ 195 BGB:
Allgemeine Verjährungsfrist für alle Forderungen, für die das Gesetz keine kürzere Frist bestimmt.)
- Grundpfandrechte verjähren nicht.

Die Verjährungsfristen beginnen mit der Fälligkeit der entsprechenden Forderung. Eine Verjährung wird unterbrochen, und beginnt wieder von vorne, wenn nachfolgend aufgeführte Kriterien erfüllt sind:

- Der Schuldner die Forderung anerkannt hat, z.B. durch Abschlagszahlung oder durch Zinszahlung,
- Die Forderung vom Gläubiger gerichtlich geltend gemacht wurde, z.B. durch Klage oder Mahnbescheid.

Ein normales Mahnstufenverfahren reicht nicht zur Unterbrechung der Verjährung.

Aufgaben

Aufgabe 1

Erklären Sie den Unterschied zwischen einem einseitig verpflichtenden Vertrag und einem zweiseitig verpflichtenden Vertrag!

Aufgabe 2

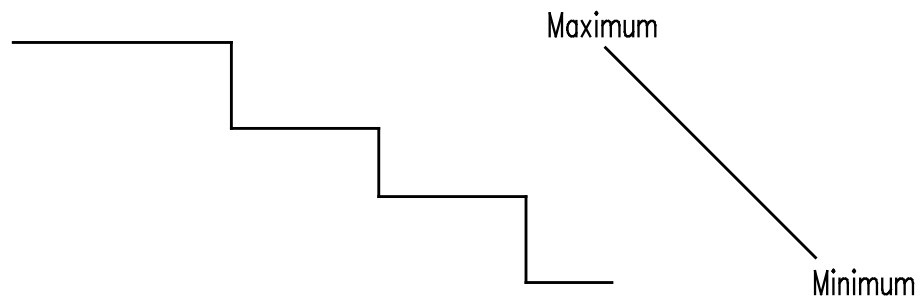
Wie ist ein Vertrag definiert?

Aufgabe 3

Nennen Sie mindestens drei Vertragsarten!

Aufgabe 4

Ergänzen Sie die Stufenfolge bei Formvorschriften!



Aufgabe 5

Erklären Sie den Unterschied zwischen Realsicherheit und Personensicherheit!

Aufgabe 6

Herr Müller kauft ein Haus und nimmt hierzu einen Kredit bei einer Bank auf. Als Sicherheit verpflichtet sich der Vater von Herrn Müller bei der Bank für die Erfüllung der Schuld einzustehen, falls der Sohn das Darlehn nicht zurückzahlen kann.

Wie nennt man dieses Sicherungsverfahren?

Aufgabe 7

Welche Verjährungsfristen wurden vom Gesetz (BGB) für folgende Ansprüche und Forderungen festgelegt?

- Ansprüche aus Geschäften des täglichen Lebens, z.B. für gelieferter Waren und Arbeiten
- Forderungen aus regelmäßig wiederkehrenden Leistungen wie Zinsen, Mieten, Renten, Lohn usw.
- Allgemeine Verjährungsfrist für alle Forderungen, für die das Gesetz keine kürzere Frist bestimmt
- Grundpfandrechte

3 Wettbewerbsrecht

Lernbereich

3.1 Grundsätze des Wettbewerbsrechts

Das Recht in unserer Demokratie sowie der Grundgedanke in unserer Wirtschaft gehen von der Wettbewerbsfreiheit aus. Das Wettbewerbsrecht soll den Markt, welcher von Angebot und Nachfrage charakterisiert ist, ordnen. Das Wettbewerbsrecht gibt dem Markt einen roten Leitfaden. Dabei soll die Wettbewerbsfreiheit erhalten bleiben und jedem eine Chance geben, in dem Markt als Anbieter oder Nachfrager aufzutreten und fair behandelt zu werden.

Das Bürgerliche Gesetzbuch legt die formale Vertragsfreiheit fest, die ihre verfassungsmäßige Grundlage in Artikel 2 des Grundgesetzes findet.

„Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte Anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.“

Im Grundsatz baut unsere soziale Marktwirtschaft auf der Selbstverantwortung der Unternehmer auf. Jeder Einzelne genießt dadurch Freiheiten, die er zur Entfaltung seiner Geschäftstätigkeiten Gewinn bringend nutzen kann. Das Modell der sozialen Marktwirtschaft kann aber nicht verhindern, dass einzelne Unternehmen wirtschaftliche Marktkonzentrationen aufbauen und mit ihren Konzernen und Kartellen eine große Marktmacht ausüben. Kleine oder in der Branche neue Unternehmen können dann keinen eigenständigen Geschäftsbetrieb unterhalten oder aufbauen.

Der Markt verhindert Machtbildungen nicht!

Die Praxis der vergangenen Jahrzehnte zeigt viele solcher Beispiele im Konkurrenzkampf, bei dem unlautere Mittel angewendet wurden, welche letztendlich die angestrebte Marktwirtschaft funktionsunfähig machen. Aus diesem Grund hat der Gesetzgeber eine Reihe von gesetzlichen Grundlagen zum Schutz des Wettbewerbs geschaffen.

In der nachfolgenden Tabelle sind die wichtigsten gesetzlichen Grundlagen der Wettbewerbsordnung aufgeführt.

Dem jeweiligen Gesetz ist ein Stichwort als Oberbegriff zum Inhalt zugeordnet.

Gesetz	Stichwort
BGB	Vertragsfreiheit
UWG GWB	Grenzen des Wettbewerbs
PatG	Patentfähigkeit
WZG	Herkunft der Ware
GebrMG	Neue Gebrauchsgegenstände
GeschmMG	Eigentümliche Muster und Modelle
UrheberG	Verwertung des Werkes

Tabelle 2 Gesetze

BGB	Das Bürgerliche Gesetzbuch (BGB) formuliert die Vertragsfreiheit, d. h. jede Person hat die Möglichkeit, mit jeder anderen Person Rechtsgeschäfte durch Einigung durchzuführen.
UWG	Das Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb (UWG) legt die Spielregeln beim Kampf um den Kunden fest.
GWB	Das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) soll Marktkonzentrationen durch Zusammenschlüsse von Unternehmungen regeln.
PatG	Geistiges Eigentum wird durch das Patentgesetz (PatG) geschützt.
WZG	Die Herkunft der Ware regelt das Warenzeichengesetz (WZG).
GebrMG	Am Markt neue Produkte werden durch das Gebrauchsmustergesetz (GebrMG) geschützt.
GeschmMG	Markenschutz bietet das Gesetz betreffend das Urheberrecht an Mustern und Marken, Geschmacksmustergesetz (GeschmMG).
UrheberG	Persönliche, geistige Schöpfungen eines Werkes der Literatur, der Wissenschaft oder der Kunst werden durch das Urhebergesetz rechtlich geschützt.

3.2 Gesetze zum Wettbewerbsrecht

Preisnachlässe

In der nachfolgenden Abbildung sind die verschiedenen Arten von Preisnachlässen aufgeführt.

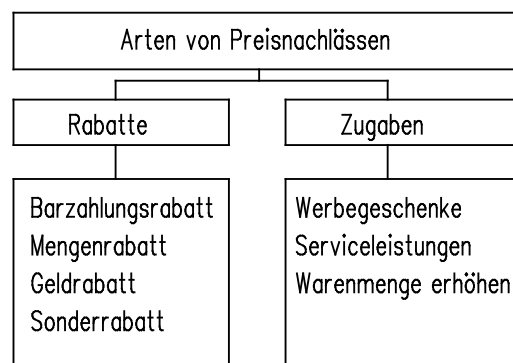


Abbildung 9 Arten von Preisnachlässen

Rabatte

- **Barzahlungsrabatt**
Beim Barzahlungsrabatt wird ein Preisnachlass auf die Barzahlung direkt oder spätestens innerhalb eines Monats gewährt. Dieser Rabatt ist bei uns auch als Skonto bekannt.
- **Mengenrabatt**
Bei dem Mengenrabatt wird zur erworbenen Warenmenge zusätzlich durch Hinzugabe der gleichen Ware ein Warenrabatt gewährt oder aber durch einen Preisnachlass der Ware ein Geldrabatt an den Kunden weitergegeben.
- **Sonderrabatt**
In der Regel handelt es sich um Nachlässe, die bestimmten Verbrauchergruppen zugestanden werden, z.B. Betriebsangehörigen, Behörden, Unternehmen usw.

Zugaben

- **Werbegeschenke**
Zu einem gekauften Artikel werden Werbegeschenke von geringem Wert hinzugegeben, z.B. Fähnchen, Luftballons, Aufkleber, Kalender, Kugelschreiber usw.
- **Serviceleistungen**
Zur Ware werden Nebenleistungen angeboten, z.B. kostenlose Parkplätze, Verpacken der Ware in Geschenkpapier, Kinderhort, Aufbewahren der Einkaufstaschen, usw.
- **Warenmenge erhöhen**
Im Sinne dieser Zugabe ist der Warenverkehr zwischen Hersteller und Groß- bzw. Einzelhändler gemeint. So gibt der Hersteller bei der Anlieferung eines bestimmten Artikels zusätzliche Ware gleicher Art als Rabatt hinzu.

Wettbewerbsbeschränkungen

Das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB), auch Kartellgesetz genannt, soll Unternehmenszusammenschlüsse reglementieren. Zielsetzung des GWB ist, die Freiheit des Wettbewerbs zu garantieren und einen freien und wirksamen Wettbewerb zum Nutzen der Volkswirtschaft zu sichern. Das Gesetz regelt die ökonomischen Beziehungen zwischen Anbietern und Nachfragern am Markt. Der Missbrauch wirtschaftlicher Macht wird die Erhaltung des Leistungswettbewerbs durch Preis und Qualität verhindern. In der nachfolgenden Abbildung sind Kartelltypen nach dem GWB aufgeführt.

	Verbotene Kartelle	Anmeldepflichtige Kartelle	Erlaubnis-Kartelle
Kartelltypen	Der Kartellvertrag ist gesetzwidrig und rechtsunwirksam.	Der Kartellvertrag ist rechtswirksam, wenn 3 Monate nach Anmeldung kein Widerspruch durch das Kartellamt erfolgt.	Der Kartellvertrag wird rechtswirksam, wenn das Kartellamt ausdrücklich seine Zustimmung erteilt.
Kartellarten	a) Preiskartelle b) Produktionskartelle c) Gebietskartelle d) Submissionskartelle	a) Rabattkartelle b) Konditionenkartelle c) Spezialisierungskartelle	a) Rationalisierungskartelle b) Strukturkrisenkartelle c) Importkartelle d) Exportkartelle, sofern das Kartell auch Inlandswirkung hat.

Tabelle 3 Kartelltypen nach dem GWB

Das Bundeskartellamt in Berlin führt als Aufsichtsbehörde ein Kartellregister, in dem alle Kartelle eingetragen und im Bundesanzeiger bekannt gemacht werden.

Das Kartellrecht der Bundesrepublik Deutschland wird im Zuge der „Global Player“, also Unternehmen, welche weltweit tätig sind, durch z.B. das europäische Kartellrecht ergänzt. Es schützt den Wettbewerb innerhalb des gemeinsamen Marktes, sodass der Handel zwischen Mitgliedsstaaten durch grenzüberschreitende Unternehmensvereinbarungen unbeeinträchtigt bleibt bzw. geregelt wird.

Schutz des geistigen Eigentums

Weil neue Ideen, Organisationssysteme und Managementleistungen in unserer Wirtschaft eine immer größere Bedeutung haben, ergeben sich für den Schutz des geistigen Eigentums eine große Palette an rechtlichen Aspekten, die hier behandelt werden sollen.

In der nachfolgenden Abbildung ist die ganze Breite, in der sich das geistige Eigentum wirtschaftsrechtlich widerspiegelt, aufgeführt.

Schutz des geistigen Eigentums	
Patent	(PatG)
Know How	(UWG)
Gebrauchsmuster	(GebrMG)
Geschmacksmuster	(GeschmMG)
Urheberrecht	(UrheberG)

Tabelle 4 Schutz des geistigen Eigentums

Unter geistigem Eigentum im Sinne der Rechtsprechung versteht man:

Eine geistig schöpferische Leistung, die nutzbringend verwertet werden soll.

Patent

Patente werden für Erfindungen erteilt, allerdings nur für Erfindungen, die neu sind, d.h. noch nicht zum Stand der Technik gehören. Eine Erfindung ist die gelungene Umsetzung einer schöpferischen Idee auf technischem Gebiet. Zum Stand der Technik gehören alle veröffentlichten Erkenntnisse, welche zum Zeitpunkt der Anmeldung zum Patent bekannt sind.

Beispiel: Eine Büroklammer!

Nehmen wir an, dass die Büroklammer noch nicht patentiert wäre, so würde das Patentamt heute auf einen entsprechenden Antrag kein Patent erteilen, obwohl die Klammer eine Erfindung auf technischem Gebiet ist. Denn diese Erfindung wäre nicht mehr neu.

Patente werden nur für Erfindungen erteilt, die gewerblich nutzbar sind. Das Recht auf ein Patent hat derjenige, der als Erster seine Erfindung beim Patentamt anmeldet. Das Patentrecht besteht höchstens **20** Jahre. Nur der Patentinhaber hat das Recht, das Patent gewerblich zu nutzen bzw. zu verwerten. Nutzt jemand unbefugt ein Patent, ist er dem Patentinhaber zum Schadenersatz verpflichtet. Über alle erteilten Patente führt das Patentamt eine Liste, die Patentrolle.

Know How

Die Gesamtheit des geistigen Eigentums eines Einzelnen oder eines Unternehmens bezeichnet man als „Know How“. Hierunter fallen alle:

- Betriebsgeheimnisse,
- technisches Wissen (Konstruktionen, Herstellungsverfahren usw.),
- Rezepturen und Verfahrensbeschreibungen,
- Wissen, welches sich nicht um eine echte Erfindung handelt,
- Geschäftsgeheimnisse.

Gebrauchsmuster

Gebrauchsmuster werden auch beim Patentamt angemeldet. Die Schutzfrist beträgt aber nur **drei** Jahre. Der Eintrag erfolgt in die Rolle für Gebrauchsmuster und dient in erster Linie dem Schutz kleinerer technischer Erfindungen. Eine Prüfung, ob es sich um ein neues Gebrauchsmuster handelt, wird nicht vorgenommen. Auf Grund der bloßen Anmeldung hin werden Gebrauchsmuster in die Gebrauchsmusterrolle eingetragen.

Trotzdem gibt es generell folgende Kriterien, die ein Gebrauchsmuster erfüllen muss:

- der Erfindungsgedanke muss sich auf Arbeitsgeräte beziehen,
- es soll eine Neuheit sein,
- die Erhöhung der Gebrauchsfähigkeit,
- eine neue Gestaltung oder Anordnung der Arbeitsgeräte,
- zum Gebrauchsmuster muss ein Modell vorliegen.

Geschmacksmuster

Das Geschmacksmuster wird bei dem jeweiligen Amtsgericht angemeldet und durch die Eintragung in das Geschmacksmusterregister geschützt. Der Schutz wird über drei Jahre gewährt. Das Geschmacksmustergesetz gewährt Rechtsschutz für gewerbliche Muster und Modelle, die neu und in ihrer Art eigentümlich sind.

Beispiele hierfür sind:

Muster Stoffe/Tapeten/Teppiche und Garderobenmuster usw.

Modelle Vasen/Bestecke/Porzellan/Keramik/Modellkleider/Kunstgegenstände usw.

Urheberrecht

Das Urheberrecht schützt alle geistigen Schöpfungen, gleich welcher Art (Fotos, Filme, Plakate, Kunstgegenstände, Literatur, Zeichnungen, Pläne, Skizzen, usw.). Der große Unterschied zu allen anderen Formen des geistigen Eigentums ist, dass das Urheberrecht nicht wie z.B. Patente oder Gebrauchsmuster angemeldet werden muss und die Schutzrechte dann erteilt werden.

Das Urheberrecht gilt sofort nach der persönlichen, schöpferischen Leistung wissenschaftlicher oder technischer Art. Das Urheberrecht erlischt spätestens **70** Jahre nach dem Tod des Urhebers. Nur der Urheber ist berechtigt, sein Werk zu verwerten. Zum persönlichen Gebrauch darf allerdings jedermann das Werk nutzen (z. B. Fotokopien erstellen usw.) Die Schutzfristen bei dem Urheberrecht sind verschieden, z.B. bei Lichtbildern erlischt die Frist bereits **25** Jahre nach Erscheinen.

AufgabenAufgabe 1

Nennen Sie mindestens drei Gesetze, die im Zusammenhang mit dem Wettbewerbsrecht wichtig sind!

Aufgabe 2

Mit welchem Gesetz werden persönliche, geistige Schöpfungen rechtlich geschützt?

Aufgabe 3

Nennen Sie mindestens zwei Rabattmöglichkeiten und/oder Preisnachlässe!

Aufgabe 4

Sie wollen einen modifizierten Locher patentieren lassen.

Können Sie beim Patentamt einen entsprechenden Antrag stellen?

Aufgabe 5

Können Sie beispielsweise das Muster einer Tapete schützen lassen? Wenn ja, wo müssen Sie dieses Muster anmelden und registrieren lassen?

Aufgabe 6

Wann erlischt ein Urheberrecht? Welche Besonderheiten sind dabei zu beachten?

4 Gesetze zum Umweltschutz

Lernbereich

4.1 Grundsätze des betrieblichen Umweltschutzes

Die Organisation und Verantwortung des betrieblichen Umweltschutzes gegenüber der Allgemeinheit in strafrechtlicher und zivilrechtlicher Hinsicht trägt der Unternehmer. Der Unternehmer ist für die Erfüllung der Umweltschutzpflichten verantwortlich und muss die Durchführung von Umweltschutzmaßnahmen im Betrieb regeln. In der Zuständigkeit der Geschäftsleitung liegt es, die Organisation des betrieblichen Umweltschutzes mit allen Regelungen der Zuständigkeiten zur Durchführung von Umweltschutzmaßnahmen anhand eines Aufgabenverteilungsplans festzulegen.

In der nachfolgenden Abbildung wird ein einfaches Schema für die Organisation und Verantwortung dargestellt.

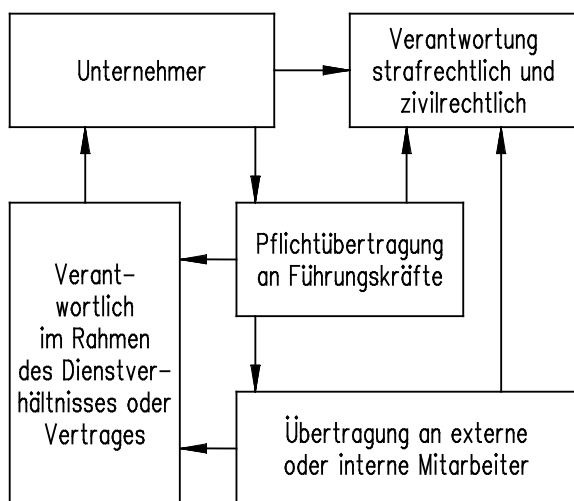


Abbildung 10 Organisation und Verantwortung des betrieblichen Umweltschutzes

Zuständigkeiten

Zuständigkeiten der Geschäftsleitung:

- Organisation und Delegation der Umweltschutzaufgaben an Führungskräfte,
- Bestellung von Beauftragten (Umweltschutz, Gefahrstoff, Arbeitssicherheit usw.), soweit vom Gesetz gefordert,
- Sicherstellen von:
 - Reststoff- und Abfallsammlung,
 - ordnungsgemäße Entsorgung,
 - Abwasserreinigung,
 - Boden- und Grundwasserschutz,
 - Maßnahmen zur Luftreinhaltung,
 - Maßnahmen zum Lärmschutz,
 - Einholung aller erforderlichen umweltrechtlichen Genehmigungen.

Zuständigkeiten der Führungskräfte:

- Überwachung von Umweltschutzmaßnahmen,
- Unterweisung der Mitarbeiter,
- Durchführung von Schulungen und Informationen,
- Einrichten von Abfall- und Reststoffsammelstellen,
- Durchführung aller Vorschriften der Gefahrstoffverordnung:
 - Überprüfung der eingesetzten Stoffe,
 - Auslegung der Betriebsanweisungen,
 - Überprüfung der Datenblätter,
 - Auswahl alternativer Produkte,
 - Anordnung von Schutzmaßnahmen,
- Erstellen der Betriebsanweisungen,
- Führung aller vom Gesetz geforderten Nachweise,
- Durchführung aller Wartungsarbeiten an Betriebsanlagen,
- Organisation und Übertragung von Aufgaben an Mitarbeiter oder externe Personen.

Je nach Betriebsgröße ist es heute durchaus üblich, für den betrieblichen Umweltschutz eine externe Person z.B. vom TÜV oder DEKRA für die ordnungsgemäße Durchführung aller notwendigen Umweltschutzmaßnahmen zu bestellen bzw. mit dieser Aufgabe zu betrauen.

Auskünfte in Fragen des betrieblichen Umweltschutzes erteilen auch Innungen, Landesverbände, Handwerksorganisationen (Umweltberater der Kammern) sowie alle Umweltbehörden.

Verantwortung

Eine persönliche Verantwortung einzelner Mitarbeiter im Unternehmen entsteht erst durch schriftliche Delegation der entsprechenden Aufgaben. Im Einzelnen sind das:

- Arbeitsvertrag
- Stellenbeschreibung
- Einzelanweisung durch den Vorgesetzten

Aufgaben können im Rahmen der Vorgesetzteigenschaften weiter übertragen werden, sodass eine Verantwortungskette entsteht.

Aber auch nach der Delegation von Aufgaben bleibt der Vorgesetzte verantwortlich für:

- die richtige Auswahl nach fachlicher Qualifikation und persönlicher Eignung des Mitarbeiters,
- die Einräumung von Zeit und notwendigen Befugnissen zur Aufgabenerfüllung,
- die Überwachung der Arbeit,
- die Versorgung mit notwendigen Informationen,
- das Abstellen organisatorischer Mängel.

Wichtig ist

In der Verantwortungskette trifft stets den Letzten die Verantwortung, wenn alle vorgelagerten Stellen ihre Pflichten erfüllt haben.

Haftung

Nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch § 831 BGB haften Unternehmen zivilrechtlich dann, wenn eine Person weisungsabhängig mit der Wahrnehmung bestimmter Aufgaben betraut wurde und diese Person einem Anderen rechtswidrig einen Schaden zugefügt hat. Zusätzlich haften zivilrechtlich die Vorgesetzten und Mitarbeiter nach § 823 BGB dann, wenn rechtswidrig und schuldhaft Eigentum, Körper oder Gesundheit eines Anderen verletzt wurde und ihm dadurch Schaden entstanden ist.

Weitere Straftatbestände können sein:

- Gewässerverunreinigung (§ 324 StGB),
- schwere Umweltgefährdung (§ 330 StGB),
- Betreiben einer Anlage ohne Genehmigung (§ 327 StGB),
- Körperverletzung (§ 223 StGB).

Bei Verstoß gegen bestehende Vorschriften von Gesetzen und Verordnungen werden Bußgelder auferlegt. Die Höhe richtet sich nach der Schwere des Vergehens.

Folgen von Pflichtverletzungen könne wie folgt geahndet werden:

- Strafen oder Bußgelder,
- Freiheitsentzug,
- Schadenersatzverpflichtungen,
- behördlich verfügte Maßnahmen.

Unternehmen können beispielsweise behördlich angewiesen werden, verunreinigtes Erdreich abzutragen, Grundwassersanierungen durchzuführen oder, wenn die Durchführung dieser Maßnahmen ein beauftragtes Unternehmen durchführt, die Kosten zu erstatten.

4.2 Gesetze und Verordnungen zum Umweltschutz

Der Umweltschutz spricht verschiedene Rechtsgebiete an, zu denen der Bund Gesetze erlassen hat. In der nachfolgenden Abbildung wird eine Übersicht zu den Rechtsgebieten und den entsprechenden Gesetzen gegeben.

Rechtsgebiet	Rechtsetzende Körperschaft	
	Bund	Land
Wasserrecht	<ul style="list-style-type: none"> • WHG • WRMG • AbwAG 	<ul style="list-style-type: none"> • WG • VAWS
Chemikalienrecht	<ul style="list-style-type: none"> • Chem • VbF 	
Baurecht		<ul style="list-style-type: none"> • LBO • PrüfVO
Immissionsschutzrecht	<ul style="list-style-type: none"> • BImSchG • (und andere VO) 	
Verkehrsrecht	<ul style="list-style-type: none"> • Gesetz über gefährliche Güter • GGVS • GGVE • GGVSsee 	
Abfallrecht	<ul style="list-style-type: none"> • AbfG 	<ul style="list-style-type: none"> • LAfG

Tabelle 5 Bundes- und länderspezifische Gesetze zum Umweltschutz

Im Folgenden werden die wichtigsten Gesetze und Verordnungen vorgestellt:

- Sammlung und Entsorgung von Abfällen/Reststoffen (Abfallgesetz AbfG)
- Abwasser nach dem Wasserhaushaltsgesetz (WHG),
- Verordnung über gefährliche Stoffe (Gefahrstoffverordnung GefStoffV).

Sammlung und Entsorgung von Abfällen/Reststoffen

Erklärt man den Begriff und die Geltung des Abfalles im Sinne des Abfallgesetzes AbfG, kommt man zu folgender Definition:

Abfälle sind bewegliche Sachen, deren man sich entledigen will oder deren Entsorgung zur Wahrung des Allgemeinwohls oder auch besonders zum Schutz der Umwelt geboten ist.

Eine Sache bleibt solange Abfall, bis das aus ihm verwertete Produkt oder der gewonnene Stoff oder auch die erzeugte Energie dem Wirtschaftskreislauf zurückgeführt wurde. Abfall ist also erst dann ein Wirtschaftsgut, wenn sichergestellt ist, dass eine Verwertung vorgenommen wird, welcher im Kreislauf der Wirtschaft Verwendung findet.

Im Grundsatz gilt aber an erster Stelle generell:

Abfälle sind zu vermeiden.

In zweiter Linie, wenn also Abfall produziert wurde, gilt:

Abfälle sind zu verwerten.

Abfallentsorgung

Die Entsorgung umfasst folgende Maßnahmen:

- Einsammeln, Befördern, Behandeln und Lagern,
- Ablagern,
- Gewinnen von Stoffen,
- Gewinnen von Energie,
- Verwertung.

Nach dem Abfallgesetz ist jeder, der Abfall produziert, verpflichtet, diesen zu entsorgen. Die Kommunen sind dabei zuständig, in ihrem Gebiet angefallene Abfälle vom Besitzer - also einfach vom Verbraucher - zu übernehmen und zu entsorgen. Dabei können sie sich zur Erfüllung dieser Pflicht Dritter bedienen. Dritte im Sinne des Abfallgesetzes sind gewerbliche Abfallentsorger. Ein weiterer Grundsatz ist hierbei zu beachten:

Die Abfallverwertung hat Vorrang vor der sonstigen Entsorgung.

Die nachfolgende Abbildung gibt einen Überblick über die mögliche Abfallentsorgung und Reststoffverwertung.

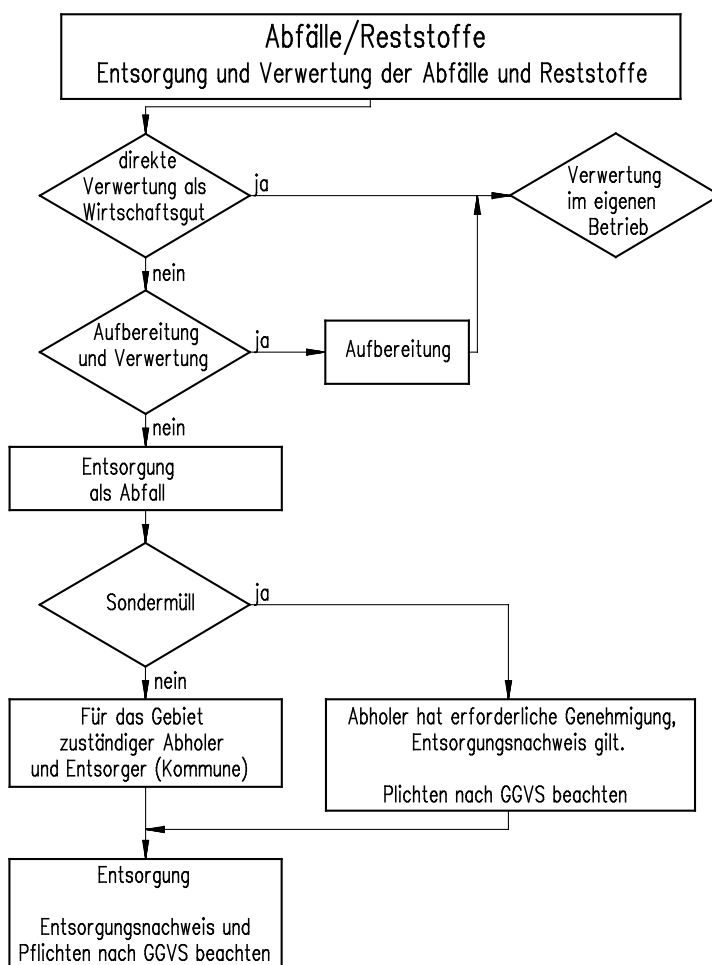


Abbildung 11 Abfälle und Reststoffe

Möglichkeiten einer Reststoffverwertung sind:

1. **Recycling** (Wiederverwertung)

Hierbei handelt es sich um die Rückführung eines Abfalles bzw. Reststoffes in den Stoffkreislauf. Die besten Beispiele für diese Art der Wiederverwertung sind das Altpapier, welches in den Stoffkreislauf des Papiers zurückgeführt werden kann, der Schrott, welcher heute problemlos eingeschmolzen werden kann, und das Altöl, welches nach weiteren Raffinadeverfahren wieder als Ölprodukt auf den Markt kommen kann. Die Vorteile des Recycling liegen eindeutig in der Einsparung von Rohstoffen sowie im Sparen von Deponieraum.

2. **Nutzung als Energieträger**

Abfall, welcher nicht recycelt werden kann, wird z.B. in Müllverbrennungsanlagen der Energiegewinnung zugeführt. Die Vorteile dieser Art der Verwertung liegen darin, dass das Müllvolumen verkleinert oder klein gehalten wird und dass die Müllverbrennung zur Gewinnung von Energie führt. Voraussetzung für die Verwertung ist immer die Kennzeichnung des Abfalls, die getrennte Sammlung sowie die Pflicht zur Rücknahme.

Von der Pflicht zur Rücknahme sind bisher nur bestimmte Stoffe und damit bestimmte Hersteller oder Vertrieber betroffen, z. B. Altöl muss zurückgenommen werden. Für Abfälle, deren Schadstoffgehalt besonders hoch ist, gilt die getrennte Sammlung.

Das bedeutet für Abfall:

- getrennt gehalten,
- getrennt eingesammelt,
- getrennt befördert und
- getrennt behandelt.

Die Entsorgung und Verwertung von Abfällen kostet Geld. Damit die Abfälle aus gewerblichen oder sonstigen wirtschaftlichen Unternehmen sachgerecht entsorgt werden, muss die Entsorgung überwacht und nachgewiesen werden. Hierzu hat der Abfallerzeuger einen Entsorgungsnachweis zu führen. In der nachfolgenden Abbildung ist die Handhabung des Entsorgungsnachweises schematisch dargestellt.

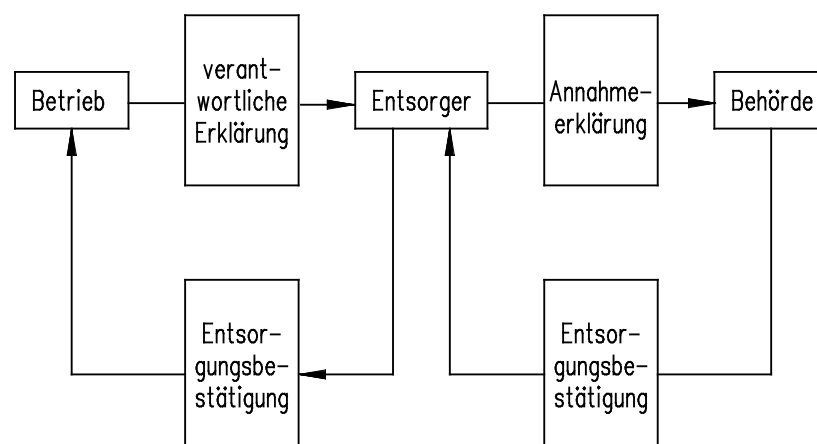


Abbildung 12 Handhabung Entsorgungsnachweis

Ein Entsorgungsnachweis ist gemäß § 8 der Abfallrestüberwachungsverordnung dann zu führen, wenn:

- Sonderabfälle vorliegen,
- die zuständige Behörde das Nachweisverfahren angeordnet hat,
- die zuständige Behörde auch das Nachweisverfahren für Reststoffe angeordnet hat.

Ein Entsorgungsnachweis besteht aus einer verantwortlichen Erklärung des Abfallerzeugers. Der Abfallerzeuger bekommt dann eine Annahmeerklärung des Abfallentsorgers und eine Entsorgungsbestätigung der zuständigen Behörde. Der Entsorgungsnachweis muss vom Abfallerzeuger 5 Jahre aufbewahrt werden.

Soll der Nachweis der zuständigen Behörde vorgelegt werden, hat der Abfallerzeuger folgende Angaben verbindlich zu erklären:

- Abfallherkunft,
- Abfallbeschreibung,
- Abfallentstehung,
- Inhaltsstoffe nach der Gefahrstoffverordnung,
- Abfallmenge,
- gewählter Abfallentsorger und
- ggf. Abfallanalyse.

Verpackungsabfälle

Verpackungen schützen ein Produkt und sollen es transport- und angebotsfähig machen. Der Verbraucher hat also meistens einen Nutzen durch die Verpackung. Nach dem Gebrauch wird eine Verpackung zum Abfallprodukt. Der Umgang mit Verpackungen muss deshalb vom Hersteller bis zum Endverbraucher geregelt werden. Der wichtigste Punkt der Verpackungsverordnung ist die

Rücknahmeverpflichtung

Es gibt eine Rücknahmeverpflichtung von Verpackungsmaterialien vom Hersteller. Die Absicht ist, hierdurch den Verpackungsmüll zu vermindern bzw. durch Mehrfachverwendung eine Verhaltensänderung der Beteiligten zu erreichen.

Die nachfolgende Abbildung zeigt die Rechte des Endverbrauchers für die verschiedenen Verpackungstypen.

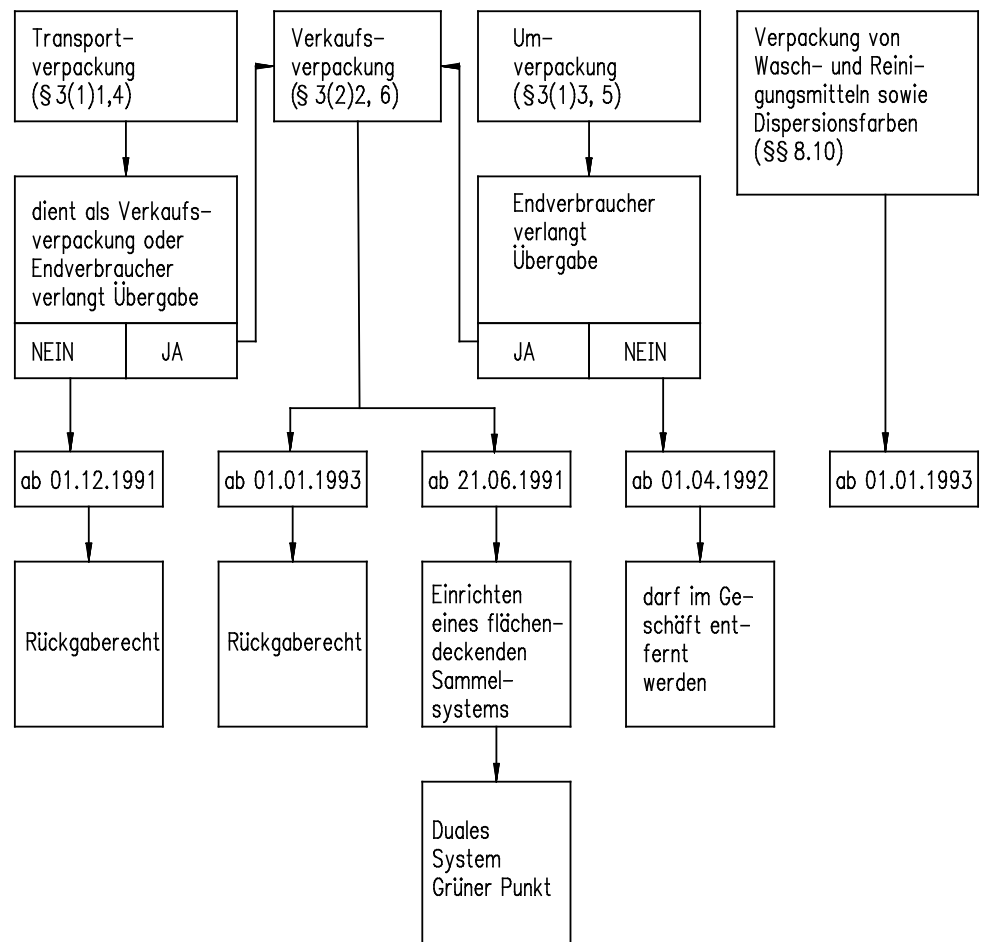


Abbildung 13 Rechte des Endverbrauchers. Verschiedene Verpackungstypen

Abwasser nach dem Wasserhaushaltsgesetz (WHG)

Das Wasserhaushaltsgesetz regelt den Umgang mit dem Grundprodukt Wasser. Die Behandlung und das Einleiten von gewerblichem Abwasser ist durch eine Reihe von Gesetzen und Vorschriften reglementiert.

Für Direkteinleiter gilt auf Bundesebene:

- das Wasserhaushaltsgesetz (WHG),
- das Abwasserabgabengesetz (AbwAG),
- die Abwasserherkunftsverordnung (AbwHerkV) sowie auf Landesebene
- die Landeswassergesetze.

Für Indirekteinleiter gilt auf Bundesebene zusätzlich:

- die Indirekteinleiterverordnung (IndV),
- alle Abwassersatzungen der Gemeinden und Zweckverbände,
- die Eigenkontrollverordnung.

An einem Beispiel sollen die kritischen Anfallstellen für Abwasser und die Art der gesetzlich geregelten Einleitung aufgezeigt werden. Das Beispiel ist in der nachfolgenden Abbildung aufgezeigt, es kann sich hier um ein beliebiges Unternehmen der metall- oder Holz verarbeitenden Industrie handeln.

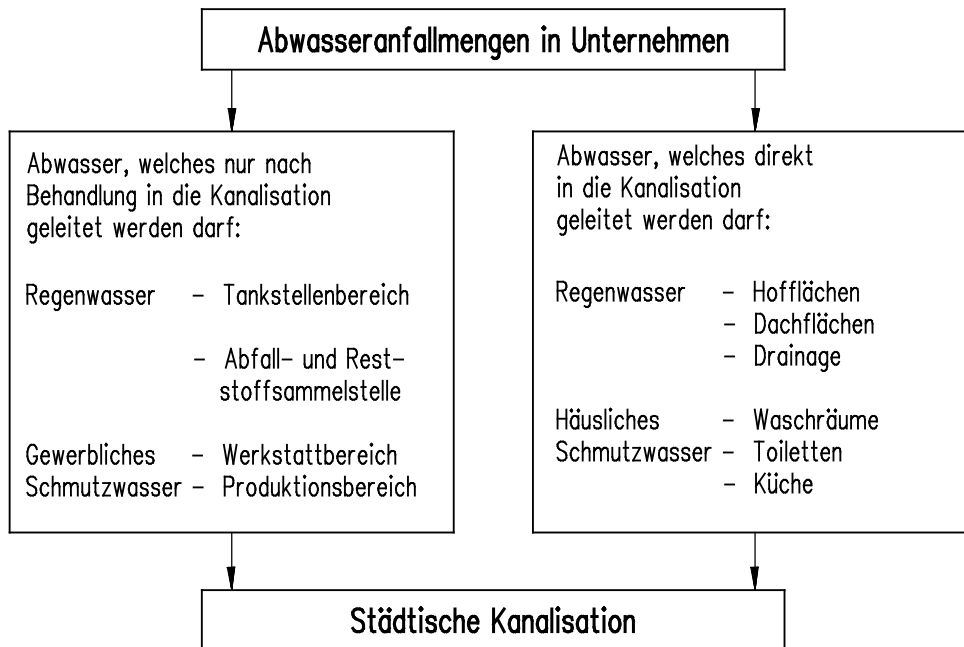


Abbildung 14 Abwassermengen - Kanalisation

Gefahrstoffverordnung

Die Gefahrstoffverordnung (GefStoffV) erfasst alle gefährlichen Stoffe und regelt den Umgang mit ihnen. Im Sinne dieser Verordnung werden im Grundsatz drei wesentliche Punkte festgelegt:

1. der Schutz des Menschen vor arbeitsbedingten Gesundheitsgefahren,
2. der Schutz des Menschen vor sonstigen Gesundheitsgefahren,
3. der Schutz der Umwelt vor Schädigungen.

Hieraus entstehen dem Arbeitgeber folgende Pflichten:

- die **Ermittlungspflicht**,
d.h. Feststellen um welchen Stoff es sich handelt, Prüfen einer Ersatzmöglichkeit, Ermittlung und Beurteilung der Gefahren am Arbeitsplatz und das Festlegen notwendiger Schutzmaßnahmen,
- die **allgemeine Schutzpflicht**
Hierunter ist die allgemeine Beachtung der Gefahrstoffverordnung gemeint sowie die Verpflichtung zur Beachtung aller vorhandenen Erkenntnisse im Umgang mit Gefahrstoffen,
- die **Überwachungspflicht**,
Bei Auftreten gefährlicher Stoffe muss der Arbeitgeber genormte Messungen durchführen bzw. durchführen lassen.

Die nachfolgende Abbildung zeigt die Gefahrensymbole und Gefahrenbezeichnung der Gefahrstoffverordnung und definiert gleichzeitig, welche Stoffe im Sinne des Chemikaliengesetzes Gefahrstoffe sind.

T+ Sehr giftig oder T Giftig		Xn Mindergiftig oder Xi Reizend	
C Ätzend		E Explosionsgefährlich	
O Brandfördernd		F+ Hochentzündlich oder F Leichtentzündlich	

Abbildung 15 Gefahrensymbole und Gefahrenbezeichnung

Neu für den Arbeitgeber hinzugekommen ist die Ermittlungspflicht als Kernpunkt seiner Aktivitäten, um grundsätzlich Risiken einer Gefährdung am Arbeitsplatz zu erkennen und zu vermeiden. Er muss hierzu eine Arbeitsbereichsanalyse durchführen, welche durch die technischen Regeln für Gefahrstoffe (TRGS) in jedem Schritt festgelegt ist.

Die nächste Abbildung zeigt ein Ablaufdiagramm der TRGS 402 zur Arbeitsbereichsanalyse.

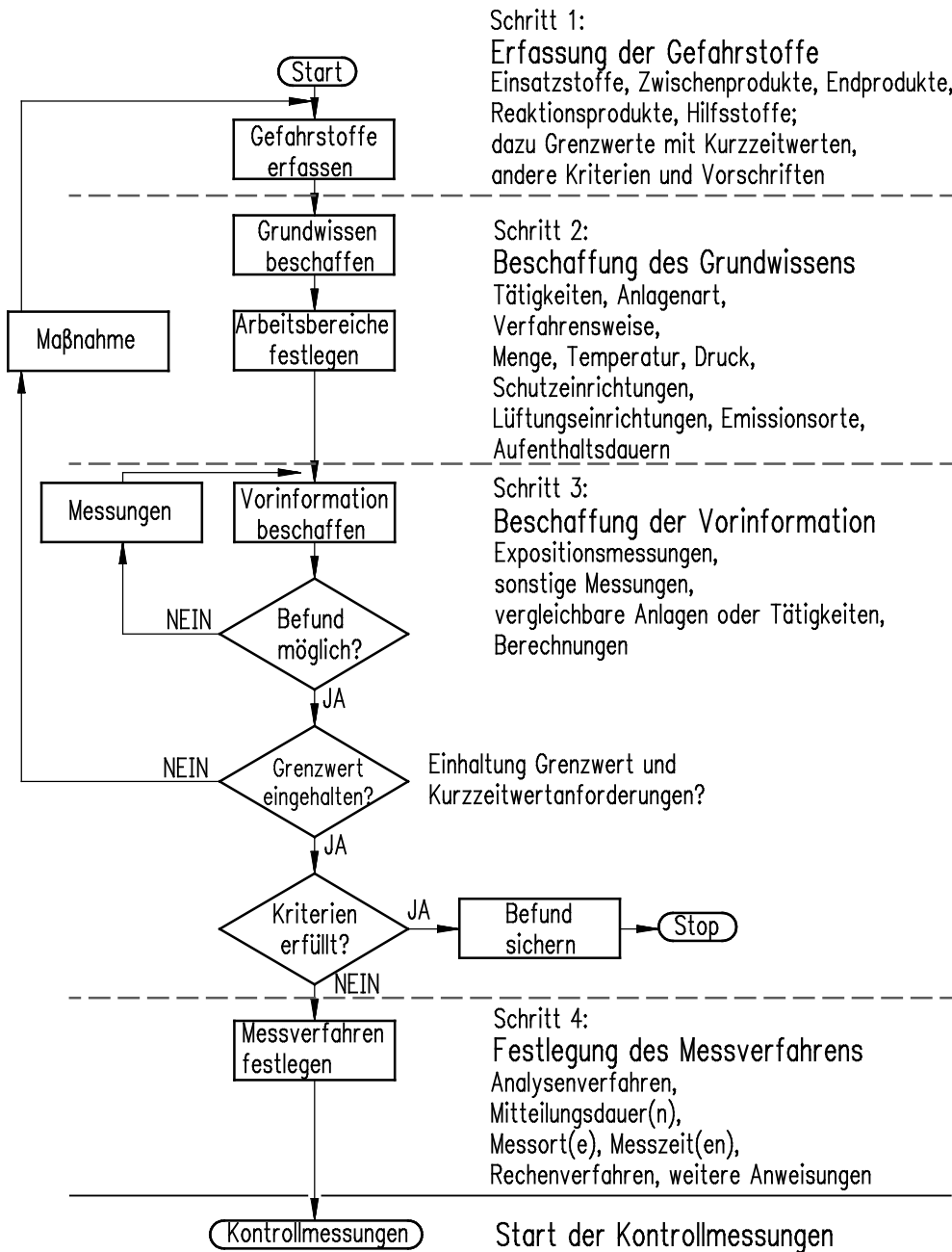


Abbildung 16 Ablaufdiagramm der Arbeitsanalyse nach TRGS 402

Alle Erkenntnisse, die sich aus einer Arbeitsbereichsanalyse oder sonstigen Informationen zu angewendeten Arbeitsverfahren oder dem Umgang mit Gefahrstoffen ergeben, sind vom Arbeitgeber in einer dafür fest vorgeschriebenen, leicht verständlichen Art und Weise an die Mitarbeiter im Unternehmen weiterzugeben.

Diese schriftliche Form wird „**Betriebsanweisung**“ genannt.

In ihr müssen enthalten sein:

- der Arbeitsbereich mit Arbeitsplatz und Tätigkeit,
- der Gefahrstoff und die entsprechende Produktgruppe dieses Stoffes,
- die möglichen Gefahren, die von diesem Stoff ausgehen,
- die Schutzmaßnahmen und Verhaltensregeln im Umgang mit dem Gefahrstoff,
- das Verhalten bei Störungen,
- das Verhalten bei Unfällen und die Erste-Hilfe-Maßnahmen,
- die sachgerechte Entsorgung des Stoffes.

Die Betriebsanweisungen müssen für die Mitarbeiter zugänglich sein. Der Arbeitgeber hat die Mitarbeiter mindestens einmal jährlich arbeitsplatzbezogen mündlich zu unterweisen. Vor Beginn einer Beschäftigung ist generell eine Unterweisung durchzuführen. Die Unterweisung muss der Arbeitnehmer durch Unterschrift bestätigen. Durch diese Pflicht wird das Risiko am Arbeitsplatz wirksam auf ein Minimum reduziert.

Aufgabe 1

Welche Aufgaben hat die Geschäftsleitung im Zusammenhang mit dem betrieblichen Umweltschutz?

Aufgabe 2

Wie ist der Begriff „Abfall“ im Sinne des Abfallgesetzes definiert?

Aufgabe 3







Welche zwei Methoden im Rahmen des Umweltschutzes sind bei der Reststoffverwertung sinnvoll?

Aufgabe 4

Welche Pflichten obliegen dem Unternehmer im Zusammenhang mit der Gefahrstoffverordnung?

Aufgabe 5

Welche Bedeutung haben die nachfolgenden Symbole?

Aufgaben

Lernbereich**5 Arbeitsschutzrecht****5.1 Grundrechte des betrieblichen Arbeitsvertragsrechts**

Der Arbeitsvertrag als Einzelarbeitsverhältnis findet in folgenden Gesetzen seine Grundlagen:

- Bürgerliches Gesetzbuch (BGB) §§ 611- 630 BGB
- Handelsgesetzbuch (HGB) §§59 - 83 HGB
- Gewerbeordnung (GewO), hier vor allem §§ 105 - 139 aa und §§154 - 156.

Der Arbeitsvertrag wird zusätzlich durch zahlreiche andere privatrechtliche und öffentlichrechtliche Gesetze sowie Tarifverträge und Betriebsvereinbarungen bestimmt. Als typisches Merkmal für den Arbeitsvertrag gilt:

Der Arbeitsvertrag ist ein Vertrag, bei dem eine Partei (der Arbeitnehmer) seine Arbeitskraft gegen Entgelt während bestimmter oder unbestimmter Zeit in den Dienst einer anderen Partei (Arbeitgeber) stellt.

Die Verrichtung von Arbeit wird inhaltlich auch noch von anderen Verträgen erfasst. Aus diesem Grund grenzen wir den Arbeitsvertrag von den anderen Vertragstypen ab:

- Arbeitsvertrag/Dienstvertrag:
Bei dem Arbeitsvertrag befindet sich der Arbeitnehmer in einer sozial abhängigen Stellung. Ein Dienstvertrag kann aber auch von einem selbstständigen Gewerbetreibendem und auch freiberuflich Tätigem abgeschlossen werden.
- Arbeitsvertrag/Werkvertrag:
Bei dem Werkvertrag verspricht das Unternehmen einen bestimmten Erfolg. Dieser Erfolg steht im Mittelpunkt der Arbeit. Z. B. verspricht der Bauunternehmer dem Bauherren sein Haus fristgerecht zu einem bestimmten Zeitpunkt nach den Plänen des Architekten fachgerecht zu erstellen. Der Arbeitnehmer verspricht lediglich, die Arbeit auszuführen.
- Arbeitsvertrag/Auftrag:
Ein wesentliches Merkmal des Auftrages ist, dass nur eine ganz bestimmte Besorgung vom Beauftragten übernommen wird, beim Arbeitsvertrag hingegen jede Arbeit, die dem Arbeitnehmer auf Grund seiner Stellung im Betrieb übertragen wird.

Ein Arbeitsvertrag entsteht auf Grund zweier übereinstimmender Willenserklärungen vom Arbeitgeber und Arbeitnehmer.

Die Entstehung des Arbeitsvertrages ist durch folgende Punkte gekennzeichnet:

- Willenserklärung,
- Abschlussfreiheit,
- Gestaltungsfreiheit,
- Geschäftsfähigkeit,
- Formfreiheit,
- Beteiligung des Betriebsrates,
- Vorstellungskosten,
- Einholen von Auskünften.

Willenserklärung:

Bei übereinstimmender Willenserklärung des Arbeitgebers und Arbeitnehmers kommt der Arbeitsvertrag zu Stande.

Abschlussfreiheit:

Beiden Seiten, dem Arbeitgeber und Arbeitnehmer, steht es frei, einen Arbeitsvertrag abzuschließen oder eben nicht.

Gestaltungsfreiheit:

Der Vertragsinhalt kann von den Vertragspartnern unter Beachtung der gültigen Rechtsnormen frei gestaltet werden.

Geschäftsfähigkeit:

Arbeitgeber und Arbeitnehmer müssen geschäftsfähig sein. Bei Jugendlichen bedarf es zum Abschluss eines Arbeitsvertrages der Zustimmung des gesetzlichen Vertreters bzw. des Vormundes.

Formfreiheit:

Arbeitsverträge können schriftlich oder auch mündlich abgeschlossen werden.

Beteiligung des Betriebsrates:

Hat ein Betrieb mehr als 20 wahlberechtigte Arbeitnehmer, hat der Betriebsrat bei der Einstellung neuer Mitarbeiter ein Mitbestimmungsrecht.

Vorstellungskosten:

Wird der Arbeitssuchende persönlich aufgefordert, sich im betreffenden Betrieb vorzustellen, hat er ein Recht auf Erstattung der Vorstellungskosten.

Einholen von Auskünften:

Bei den Vertragspartnern entstehen gewisse Aufklärungs-, Mitteilungs-, Obhuts- und Sorgfaltspflichten, zu dessen Klärung Auskünfte eingeholt werden müssen, bevor der Vertragsschluss zu Stande kommt. Dies kann z.B. eine ärztliche Untersuchung oder ein polizeiliches Führungszeugnis sein. Die Kosten für diese Auskünfte übernimmt der Arbeitgeber.

Aus dem Arbeitsvertrag ergeben sich für den Arbeitgeber und den Arbeitnehmer Pflichten, die man gegenüberstellen kann, z.B. der Arbeitspflicht des Arbeitnehmers kann die Lohnzahlungspflicht des Arbeitgebers gegenübergestellt werden.

Pflichten des Arbeitnehmers:

- Die persönliche Arbeitspflicht:
Damit ist die Arbeitsleistung des Arbeitnehmers in eigener Person gemeint.
- Sorgfalts- und Treuepflicht:
Die übertragene Aufgabe ist sorgfältig auszuführen und die berechtigten Interessen des Arbeitgebers sind zu wahren.
- Rechenschafts- und Herausgabepflicht:
Der Arbeitnehmer ist generell zu einer lückenlosen und wahrheitsgemäßen Benachrichtigung des Arbeitgebers verpflichtet.
- Überstundenarbeit:
Grundsätzlich ist ein Arbeitnehmer zur Leistung von Überstunden verpflichtet.
- Befolgung von Anordnungen und Anweisungen:
Der Arbeitgeber erteilt allgemeine Anordnungen und Anweisungen über die Ausführung der Arbeit und das Verhalten der Arbeitnehmer. Der Arbeitnehmer hat dies zu akzeptieren.
- Haftung des Arbeitnehmers:
Der Arbeitnehmer ist für den, dem Arbeitgeber zugefügten Schaden haftbar, wenn er schuldhaft gehandelt hat. Näheres regelt ein Gesetz.

Die Pflichten des Arbeitgebers sind:

- Zahlung des Arbeitsentgelts (Lohn).
- Auszahlung des Lohns in regelmäßigen Abständen ohne Rückbehalt und in der Regel als Geldlohn.
- Die Lohnfortzahlung z. B. in Folge von Krankheit, Unfall, Schwangerschaft oder bei Erfüllung gesetzlicher und öffentlicher Pflichten.
- Gestellung von Arbeitsgeräten, Material und Auslagen:
Für das Ausführen der übertragenen Arbeiten muss der Arbeitgeber den Arbeitnehmer mit Geräten und Material ausstatten.
- Freizeit und Urlaub:
Der Arbeitnehmer hat arbeitsfreie Zeiten und Ruhepausen, die nach der Arbeitszeitverordnung vorgeschrieben sind.
- Erteilung eines Zeugnisses:
Auf Verlangen des Arbeitnehmers muss der Arbeitgeber bei Beendigung des Arbeitsverhältnisses ein Zeugnis ausstellen.

Ein Arbeitsverhältnis ist in der Regel ein Dauervertragsverhältnis und nicht auf Austausch einmaliger Leistungen ausgerichtet. Es gibt verschiedene Formen, wie ein Arbeitsverhältnis enden kann. Diese werden im Einzelnen aber nicht näher betrachtet:

- Aufhebungsvertrag,
- Anfechtung und Nichtigkeit des Arbeitsvertrages,
- Zeitablauf:
Arbeitsverhältnisse können auch auf bestimmte Zeit abgeschlossen werden.
- Tod des Arbeitnehmers,
- Gerichtliche Entscheidung,
- Fristlose und fristgemäße Kündigung,
- Übergang in den Ruhestand.

In der heutigen Wirtschaft kennen wir neue Arten der Arbeitsverhältnisse, die neben den bestehenden Verträgen fester Anstellung in der modernen Wirtschaft zur Anwendung kommen.

- **Teilzeitarbeit**
Hier handelt es sich um eine feste Anstellung mit herabgesetzter Stundenzahl.
- **Zeitarbeit**
Hier besteht ein Vertragsverhältnis zwischen dem Arbeitgeber und der Zeitarbeitsfirma sowie der Zeitarbeitsfirma und dem Arbeitnehmer. Die Zeitarbeitsfirma überlässt leihweise die Arbeitsleistung ihres Arbeitnehmers gegen Geldzahlung einem anderen Unternehmen.
- **Jobsharing**
Hierunter versteht man, dass sich zwei oder mehrere Arbeitnehmer einen Vollzeitarbeitsplatz teilen. Dabei verpflichten diese sich, seine ganztägige Besetzung sicherzustellen.

5.2 Arbeitsrechtliche Schutzbestimmungen

Das Arbeitsschutzrecht ist durch viele Einzelgesetze geregelt und enthält zusätzlich sehr viele Verordnungen sowie öffentlich rechtliche Bestimmungen. Als Aufsichtsorgane sind u.a. die Beamten der Berufsgenossenschaft, der Gewerbeaufsichtsämter, der Ordnungsämter und Polizeibehörden sowie auch Sachverständige der Technischen Überwachung tätig.

Die Aufsichtsmaßnahmen erstrecken sich von der beratenden Tätigkeit bis hin zu Zwangsmaßnahmen und der Bestrafung eines Arbeitgebers bei z.B. einem Verstoß gegen die Unfallverhütungsvorschriften der Berufsgenossenschaft.

In der nachfolgenden Abbildung sowie in dem folgenden Verzeichnis wird ein Überblick über bestehende Gesetze und Verordnungen gegeben.

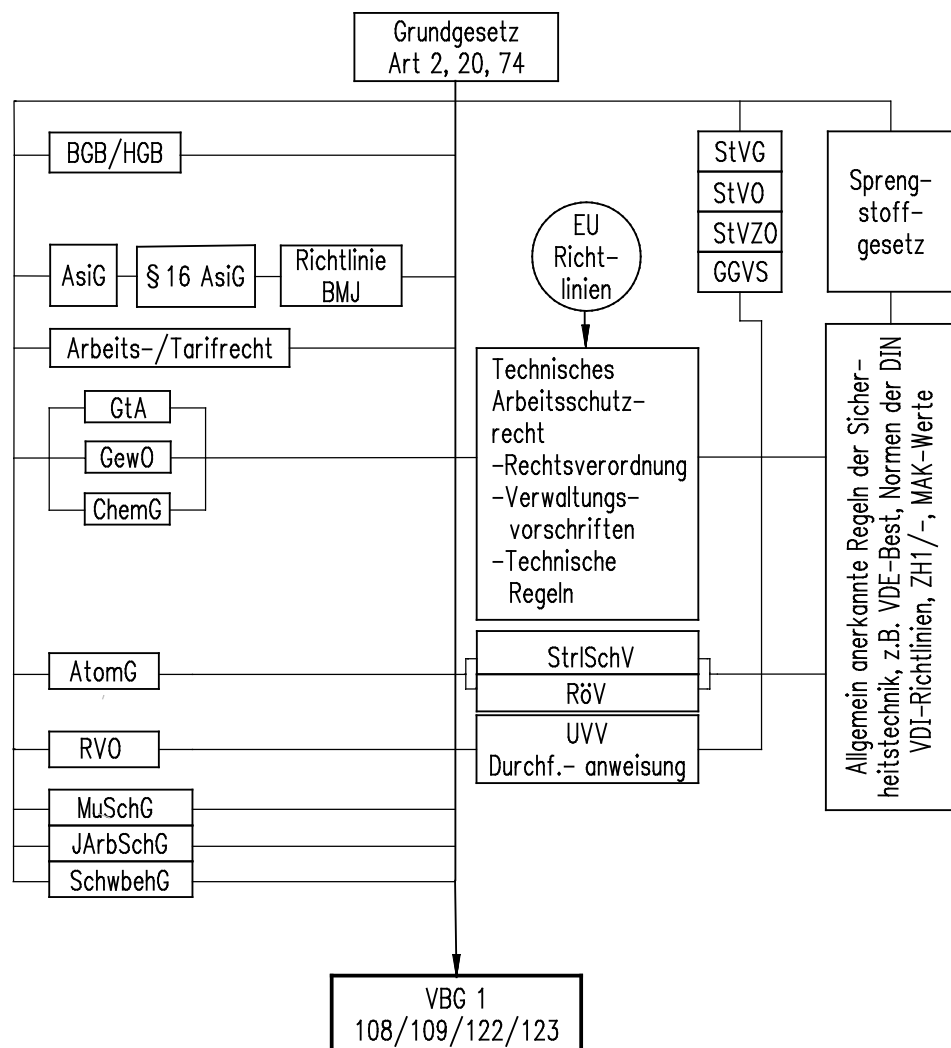


Abbildung 17 Bestehende Gesetze und Verordnungen als Überblick

Abkürzungsverzeichnis	
AsiG	Arbeitssicherheitsgesetz
ChemG	Chemikaliengesetz
DIN	Deutsches Institut für Normung e.V.
EG-Richtlinien	Richtlinien des Rates der Europäischen Gemeinschaft
GewO	Gewerbeordnung
GGVS	Gefahrgutverordnung Straße
GtA	Gesetz über technische Arbeitsmittel (Gerätesicherheitsgesetz)
HGB	Handelsgesetzbuch
JArbSchG	Jugendarbeitsschutzgesetz
MAK	Maximale Arbeitskonzentration
MuSchG	Mutterschutzgesetz
Richtlinie BMJ	Richtlinie des Bundesinnenministers für den betriebsärztlichen und sicherheitstechnischen Dienst in den Betrieben und Verwaltungen des Bundes
RöV	Röntgenverordnung
RVO	Reichsversicherungsordnung
SchwbhG	Schwerbehindertengesetz
StrlSchV	Strahlenschutzverordnung
StVG	Straßenverkehrsgesetz
StVO	Straßenverkehrsordnung
StVZO	Straßenverkehrszulassungsordnung
UVV	Unfallverhütungsvorschrift
VBG	Verzeichnis der Einzelunfallverhütungsvorschriften des Hauptverbandes der gewerblichen Berufsgenossenschaften
VDE	Verein Deutscher Elektriker
VDI	Verein Deutscher Ingenieure
ZH 1/...	Richtlinien, Sicherheitsregeln, Grundsätze, Merkblätter u.a. berufsgenossenschaftliche Schriften für Arbeitssicherheit Arbeitsmedizin des Hauptverbandes der gewerblichen Berufsgenossenschaften.

Tabelle 6 Abkürzungsverzeichnis

Durch gesetzliche und andere Bestimmungen soll der Arbeitnehmer gegen Gefahren im Betrieb des Arbeitgebers in besonderer Weise geschützt werden. Der Arbeitnehmer hat einen unmittelbaren Anspruch gegen den Arbeitgeber auf Einhaltung des Arbeitsschutzes. Vor allen Dingen dann, wenn sich dies aus einem Gesetz ableiten lässt. So steht der Betriebsschutz für die Einhaltung des Lebens, der Gesundheit und der Sittlichkeit. Für besonders schutzbedürftige Gruppen von Arbeitnehmern gibt es Sondervorschriften.

- Sonderschutz für Frauen (Mutterschutzgesetz)
- Sonderschutz für Jugendliche (Jugendarbeitsschutzgesetz)
- Sonderschutz für Schwerbehinderte (Schwerbehindertengesetz)

Sonderschutz für Frauen

Erwerbstätige Frauen genießen einen besonderen Schutz, der über den allgemeinen Beschäftigungsschutz hinaus besteht. So gibt es Beschäftigungsverbote für bestimmte Betriebe oder für Arten von gefährlichen Arbeiten. Dieser Sonderschutz wird im Mutterschutzgesetz (MuSchG) detailliert aufgeführt. So gibt es besondere Beschäftigungsverbote für Arbeiten in Bergwerken, unterirdisch betriebenen Gruben, in Steinbrüchen und für die Beschäftigung mit schweren oder gesundheitsgefährdenden Arbeiten. Die Schutzvorschriften erfassen auch die Arbeitszeit.

Besonders hervorgehoben sind die allgemeinen und speziellen Beschäftigungsverbote für die Zeit vor und nach der Entbindung. So steht, soweit vom Arzt festgestellt, das Leben oder die Gesundheit von Mutter und Kind bei Fortdauer der Beschäftigung im Mittelpunkt der Ausführungsbestimmungen.

Sonderschutz für Jugendliche

Im Jugendarbeitsschutzgesetz (JArbSchG) ist der Sonderschutz für Jugendliche geregelt. Eine der wichtigsten Komponenten in diesem Gesetz ist das Verbot von Kinderarbeit. So dürfen Jugendliche im Sinne des Gesetzes erst ab dem 14. Lebensjahr einer geregelten Arbeit nachgehen. Jugendlischer im Sinne des Gesetzes ist, wer 14 aber noch nicht 18 Jahre alt ist.

Sonderschutz für Schwerbehinderte

Alle Personen mit körperlicher, geistiger oder seelischer Behinderung, soweit die Behinderung in ihrer Gesamtheit eine Erwerbsminderung von wenigstens 50 % zur Folge haben, fallen unter das Schwerbehindertengesetz. Der angesprochene Personenkreis erhält einen erweiterten Kündigungsschutz und hat ein Sonderrecht auf Beschäftigung. So hat der Arbeitgeber 6 % seiner Arbeitsplätze für Schwerbehinderte bereitzustellen. Dies gilt, sobald ein Arbeitgeber über mehr als 15 Arbeitsplätze verfügt.

Organisation des Arbeitsschutzes

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMA) ist die oberste Instanz des Arbeitsschutzes. Von ihm geht die gesetzgeberische Initiative aus, alle Regelungen auf dem Verordnungswege werden durch das BMA erlassen. In der nachfolgenden Abbildung ist die Organisation des Arbeitsschutzes auf Bundesebene dargestellt.

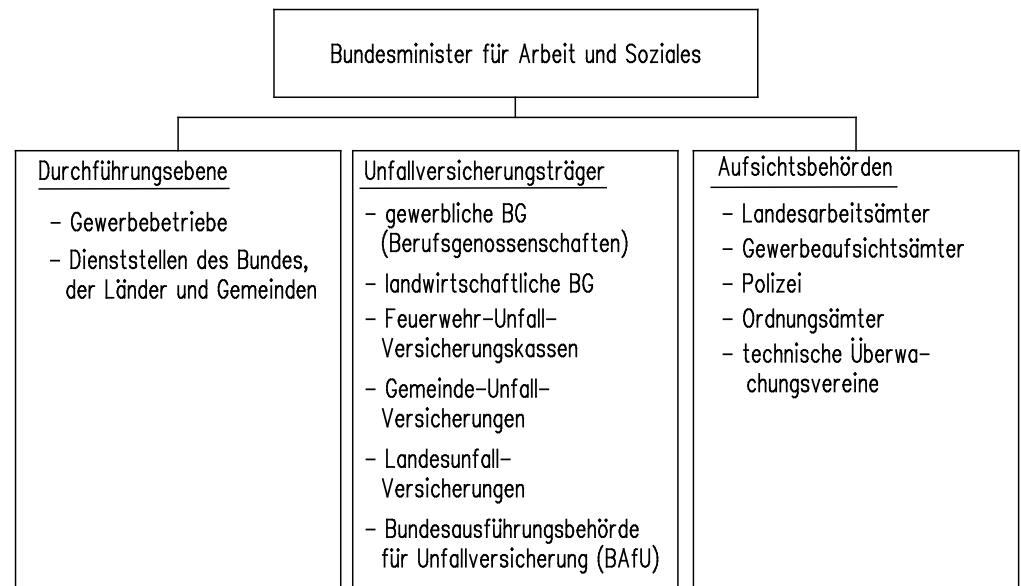


Abbildung 18 Organisation des Arbeitsschutzes auf Bundesebene

Die Entstehung von Gesetzen und Verordnungen sowie den daraus abgeleiteten Vorschriften und Regelwerken ist sehr komplex. Die verschiedenen Gremien und ihre Mitwirkung an den Normen sind unterschiedlich, teilweise miteinander verbunden, sicherlich aber aufeinander aufbauend.

In der nächsten Tabelle soll die Entstehung der Normen unter Mitwirkung der jeweils zuständigen Stellen klar verständlich aufgezeigt werden.

		Art der Normen					
		Allgemein		Speziell		Konkret	
Bereich	Normgeber	Gesetze	Rechts-verord-nungen (gelten wie Gesetze!)	Unfall-verhüt.-Vorschriften	Allgem.-Verwalt.-Voschr., Techn.-An-leit./Regeln	Regelwerke	
		1	2	3	4	5	
Staat	Bund Länder	GG: Art. 74 Nr. 12 Gesetze müssen bekannt gemacht werden (im BGBl)					
	Verordnungsgeber: B-Regierung B-Minister L-Regierung	werden ermäch-tigt, Verord-nungen zu erlas-sen (Art. 80)	erlassen Verord-nungen		Minister kann TRGS zur Verw.-Vo erheben z.B. TA-Luft		
	Techn. Ausschüsse					erlassen Tech. Re-geln, z.B. TRGS	
Selbst-verwaltung	Körperschaft des öffentl. Rechts Berufsgenossen-schaften Grundlage ist die RVO			BG geben UVV heraus, die sich generell auf die RVO stützen (RVO §546 u. §708)			
Privat	Fachverbände (ca. 100) geben die Normen der Tech-nik heraus	Verbindung zum Gesetz hat Bundesver-fassungsgericht (1978) bestimmt					Die 4 größten Regelwerke: DIN, VDE, VDI, VDGW
		mit folgenden Formulierungen:					
		<ul style="list-style-type: none">• a.a.R.d.T. (allg. anerkannten Regeln der Technik)• St.d.T. (Stand der Technik)• St.v.W.u.T. (Stand von Wissenschaft u. Technik)					

Tabelle 7 Entstehung der Normen

Verantwortung für die Arbeitssicherheit

Im Unternehmen ist jeder Vorgesetzte für die Arbeitssicherheit in seinem Aufgabenbereich verantwortlich, d.h. der Werksleiter für sein Werk, der Meister für seinen Werkstattbereich, aber auch der Vorstand für sein Gesamtunternehmen. Jede betriebliche Führungskraft (Arbeitnehmer mit Vorgesetzteigenschaften) ist in seinem Aufgabenbereich für die Sicherheit seiner Mitarbeiter verantwortlich. Er ist verpflichtet, darüber zu wachen:

- alle Vorschriften für das sicherheitsgerechte Verhalten müssen von seinen Mitarbeitern eingehalten werden,
- die sicherheitstechnischen Anforderungen müssen für die Arbeitsstätten, Arbeitsmittel, Arbeitsstoffe und Arbeitsverfahren erfüllt sein,
- für die Mitarbeiter müssen persönliche Schutzausrüstungen vorhanden sein, der Mitarbeiter muss die entsprechenden Schutzartikel wie vorgeschrieben benutzen, die an den Maschinen vorgesehenen Schutzeinrichtungen müssen vorhanden sein und auch vom Mitarbeiter benutzt werden.

Eine Führungskraft handelt nur dann verantwortungsbewusst, wenn sie den gerade aufgezählten Pflichten mit Sorgfalt nachkommt. Unabhängig hiervon muss ein Betrieb mit mehr als 10 Arbeitnehmern Fachkräfte für die Arbeitssicherheit und Betriebsärzte für die Gesunderhaltung auf dem Gebiet der Arbeitssicherheit im Unternehmen bestellen. In der nachfolgenden Abbildung ist ein beliebiges Organisationsmodell für die Arbeitssicherheit auf Unternehmensebene dargestellt.

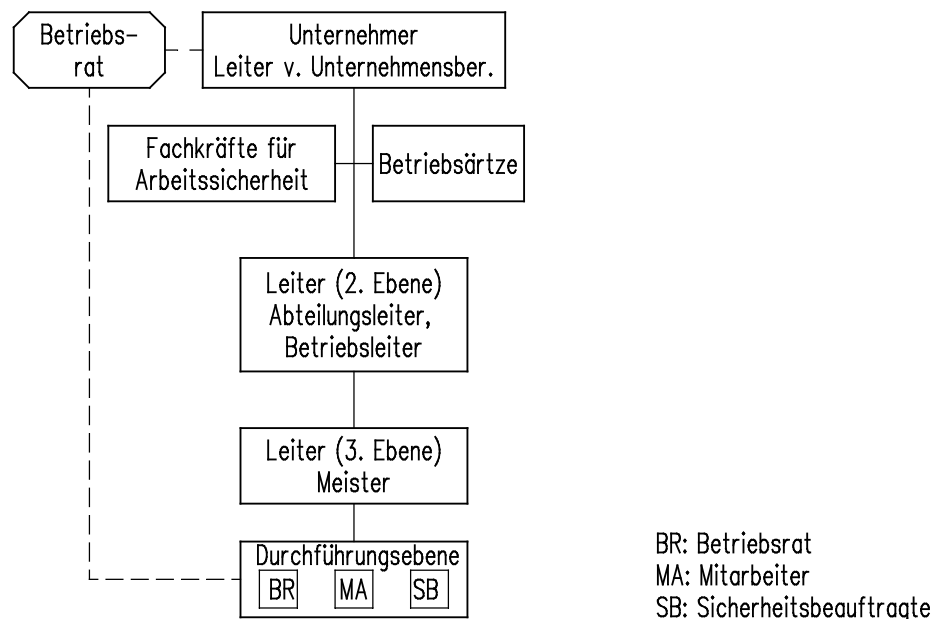


Abbildung 19 Organisationsmodell für die Arbeitssicherheit auf Unternehmensebene

Bei der Arbeitsvorbereitung sind verschiedene Gesichtspunkte der Arbeitssicherheitsanforderungen zu berücksichtigen. Diese Punkte sind :

- materielle Gesichtspunkte,
- personelle Gesichtspunkte,
- komplexe Gesichtspunkte.

Ist eine Führungskraft außer Stande für eine bestimmte Arbeit die Arbeitssicherheit zu beurteilen, so hat er die Sicherheitsfachkräfte bzw. die Betriebsärzte zu beteiligen. Bei dem Betreiben und Erhalten von Arbeitssystemen zeigt die nachfolgende Abbildung diese Arbeitssicherheitsgesichtspunkte schematisch.

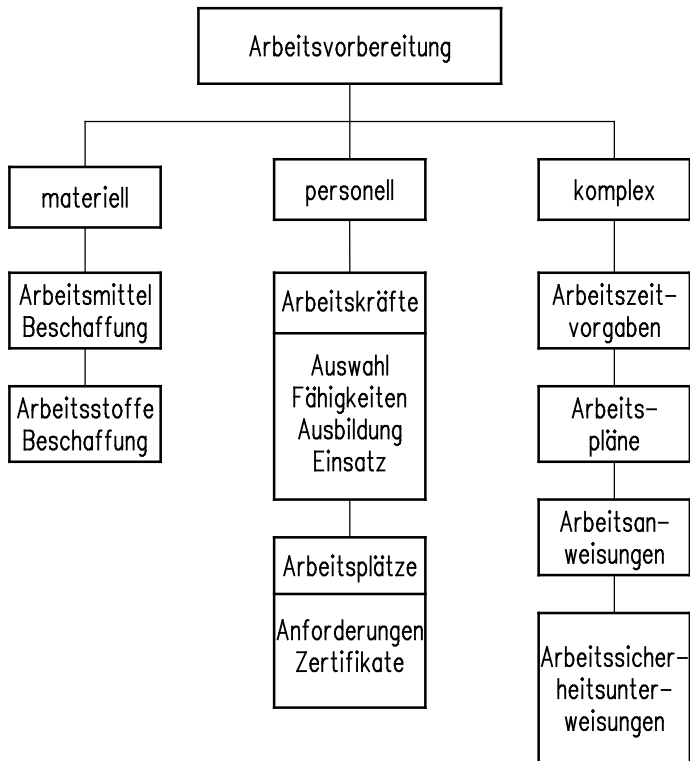
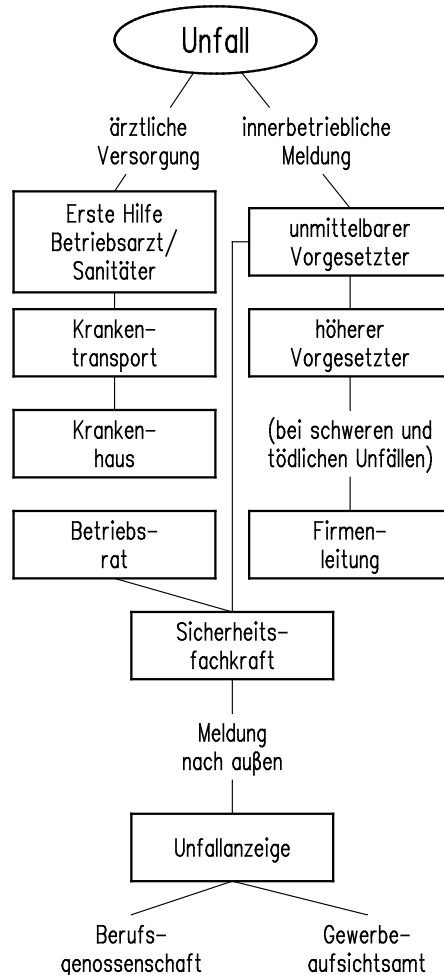


Abbildung 20 Arbeitssicherheitsgesichtspunkte bei der Arbeitsvorbereitung

Organisation des Unfallmeldewesens

Sehr wichtig ist im Rahmen der Arbeitssicherheit die Organisation bei einem Unfall. Da von einem Unfall niemand gerne ausgeht, wird in vielen Betrieben vergessen, den Ablauf bei einem Unfall zu organisieren.

Die nachfolgende Abbildung zeigt ein Beispiel für eine solche Organisation.



Erläuterungen:

- **ärztliche Versorgung:**
Der Ersthelfer leitet die erforderlichen Hilfemaßnahmen ein. Er verständigt sofort den Betriebsarzt oder Sanitäter. Je nach Schwere des Unfalls ruft er einen externen Rettungswagen.
- **innerbetriebliche Meldung:**
Der unmittelbare Vorgesetzte erstattet - meist telefonisch - Meldung an die Sicherheitsfachkraft sowie an den nächst höheren Vorgesetzten. Bei Unfällen mit schwerem oder tödlichem Ausgang informiert er die Firmenleitung.
- **Meldung nach Außen:**
Die Sicherheitsfachkraft erstellt die offizielle Unfallmeldung an die Berufsgenossenschaft. Hierfür gibt es einen Vordruck. Durchschriften des Vordrucks erhält das Gewerbeaufsichtsamt, der Betriebsrat, welcher die Unfallmeldung mit unterzeichnet, sowie die Personalabteilung zur Ablage.

Abbildung 21 Organisation des Unfallmeldewesens

Aufgabe 1

Was ist das typische Merkmal eines Arbeitsvertrages?

Aufgabe 2

Wann liegt bei einem Vertragsabschluss ein Werkvertrag vor?

Aufgabe 3

Ein Arbeitsvertrag ist durch zahlreiche Punkte gekennzeichnet.

Nennen Sie mindestens drei Punkte!

Aufgabe 4

Welche Voraussetzung muss erfüllt sein, damit dem Betriebsrat bei der Einstellung neuer Mitarbeiter ein Mitbestimmungsrecht eingeräumt wird?

Aufgabe 5

Ein Unternehmen hat einen wichtigen, termingebundenen Auftrag übernommen. Dazu ist es notwendig, für einige Mitarbeiter Überstunden anzuordnen. Der Kollege M. weigert sich ohne Angabe eines Grundes, die Überstunden zu leisten.

Ist der Kollege M verpflichtet, diese Arbeit zu leisten?

Aufgabe 6

Erklären Sie die Begriffe Teilzeitarbeit, Zeitarbeit und Jobsharing!

Aufgabe 7

Welche Bedeutung haben die Abkürzungen DIN, MAK, VBG und UVV?

Aufgaben

Lösungen

Lösungsanhang

1 Unternehmens-Rechtsformen

Aufgabe 1

- Personengesellschaften
- Kapitalgesellschaften
- Mischgesellschaften

Aufgabe 2



Aufgabe 3

Natürliche Personen sind Menschen aus Fleisch und Blut, die selbst oder in Gemeinschaft mit anderen, eine Gesellschaft gründen. Sie sind dann Träger der Rechte und Pflichten der Gesellschaft, und das Vermögen der Gesellschaft befindet sich in ihrem Eigentum. In einem solchen Fall ist die Gesellschaftsform eine Rechtsgemeinschaft von natürlichen Personen.

Aufgabe 4

Offene Handelsgesellschaft (OHG)
Kommanditgesellschaft (KG)

Aufgabe 5

Im Gesellschaftsvertrag, auch Satzung genannt, müssen folgende Punkte enthalten sein:

- Zweck bzw. Gegenstand des Unternehmens,
- Name der Firma und Sitz der Gesellschaft,
- Betrag des Stammkapitals, nach Gesetz mindestens 25.000 €.

Aufgabe 6

Rechte des Gesellschafters:

- Stimmrecht
- Kontrollrecht
- Recht auf Übertragung der Mitgliedschaft
- Recht auf Austritt
- Recht auf Gewinnanspruch
- Anspruch auf Anteil bei Auflösung der GmbH

Pflichten des Gesellschafters:

- Einlagepflicht
- Nachschusspflicht
- Konkurrenzverbot
- Nebenleistungen, z.B. kann damit das Erbringen von Arbeitsleistungen oder die Lieferung von Produkten gemeint sein

Aufgabe 7

Unter dem „Prinzip der offenen Tür“ versteht man, dass jedermann in eine bestehende Genossenschaft eintreten und die Genossenschaft auch wieder verlassen kann. Die Mitgliedschaft in einer Genossenschaft ist an die Person gebunden, sie kann nicht übertragen oder vererbt werden.

Aufgabe 8

Die Gründung der Genossenschaft ist im Genossenschaftsgesetz verankert. Danach muss die Mindestgründerzahl **sieben** Genossen betragen.

Aufgabe 9

1. Feststellung der Satzung und Schreiben des Gründungsprotokolls.
2. Das Grundkapital muss eingebracht werden. Das Grundkapital der AG beträgt mindestens 50.000 €.
3. Die Organe der AG werden bestellt.
4. Gründungsprüfung und Prüfungsbericht.
5. Anmeldung zum Handelsregister und Eintragung.

Aufgabe 10

Eine **Holding** ist eine Gesellschaft, die die Aktienmehrheit von allen untergeordneten Gesellschaften besitzt und diese wirtschaftlich beherrscht. Eine **Holdinggesellschaft** ist ein Konzern, dessen Organisationsform auf die reine Kontroll- und Dachgesellschaft ausgerichtet ist, also der gemeinsamen Verwaltung und dem gemeinsamen Management dient.

Aufgabe 11

Die Kriterien zur Wahl einer Unternehmensrechtsform sind:

1. Haftung
2. Risikoübernahme
3. Leitungsbefugnis
4. Finanzierung
5. allgemeine Kriterien

Aufgabe 12

- **Eigenkapital:** Das ist das Kapital, welches ein Unternehmer seiner Unternehmung zur Verfügung stellt. Es ist begrenzt durch die Höhe des Vermögens eines Unternehmers. Mit anderen Worten, er kann nicht mehr investieren, als er persönlich besitzt. Personengesellschaften können ihr Eigenkapital durch die weitere Aufnahme von Gesellschaftern vergrößern. Kapitalgesellschaften haben die besten Möglichkeiten zur Beschaffung von Eigenkapital. Sie können an jede natürliche oder juristische Person Gesellschaftsanteile (z.B. Aktien) verkaufen.
- **Fremdkapital:** Fremdkapital sind Kredite, die einer Gesellschaft gewährt werden. Die Höhe der Kredite richtet sich nach der Gesellschaftsform und auch nach der Höhe des Eigenkapitals als Sicherheit. Die Kreditwürdigkeit richtet sich nach den aktuellen wirtschaftlichen Verhältnissen einer Gesellschaft sowie nach dem Ruf, den eine Firma genießt und zahlreichen anderen subjektiven Faktoren.

2 Vertragsrecht

Aufgabe 1

Der einseitig verpflichtende Vertrag ist beispielsweise eine Schenkung oder eine Übertragung von Eigentum. Hier verpflichtet sich lediglich der Schenkende, die Schenkung zu erbringen.

Der zweiseitige Vertrag: z.B. ein Kauf; der Käufer verpflichtet sich, den Kaufpreis zu zahlen. Der Verkäufer verpflichtet sich, das Eigentum an der verkauften Sache zu übergeben.

Aufgabe 2

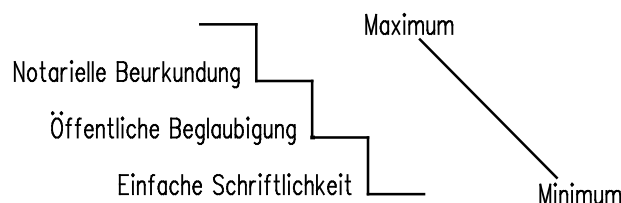
Definition Vertrag: Der Vertrag ist durch gegenseitige übereinstimmende Willenserklärung zweier oder mehrerer Personen bzw. Vertragsparteien, ein zweiseitig zu Stande gekommenes Rechtsgeschäft.

Aufgabe 3

Vertragsarten:

- Kaufvertrag,
- Arbeitsvertrag,
- Werksvertrag (zur Erbringung einer Arbeitsleistung),
- Auftrag/Dienstvertrag (zur Erbringung einer Dienstleistung),
- Darlehensvertrag (Kredit).

Aufgabe 4



Aufgabe 5

Bei den **Realsicherheiten** haftet der Schuldner mit einer der Forderung entsprechenden Sache oder der Forderung entsprechend vergleichbaren Rechten.

Bei den **Personalsicherheiten** haftet für den Schuldner eine andere Person, welche verspricht, für den Schuldner bei Verzug der Leistung anzutreten.

Aufgabe 6

Bürgschaft

Aufgabe 7

Nachfolgend aufgeführte Verjährungsfristen wurden vom Gesetz (BGB) festgelegt:

- Ansprüche aus Geschäften des täglichen Lebens wie solche von Kaufleuten, Fabrikanten, Handwerkern wegen gelieferter Waren und Arbeiten: 2 Jahre
- Forderungen aus regelmäßig wiederkehrenden Leistungen wie Zinsen, Mieten, Renten, Lohn usw.): 4 Jahre
- Allgemeine Verjährungsfrist für alle Forderungen, für die das Gesetz keine kürzere Frist bestimmt: 30 Jahre
- Grundpfandrechte: Verjähren nicht.

3 Wettbewerbsrecht

Aufgabe 1

BGB, UWG, GWB, PatG, WZG, GebrMG, GeschmMG, UrheberG

Aufgabe 2

Urheberrechtsgesetz (UrheberG)

Aufgabe 3

Rabatte: Barzahlungsrabatt, Mengenrabatt, Sonderrabatt

Zugaben: Werbegeschenke, Serviceleistungen, Warenmenge erhöhen

Aufgabe 4

Nein, obwohl der Locher eine Erfindung auf technischem Gebiet ist. Denn diese Erfindung wäre nicht mehr neu. Es muss geprüft werden, ob ein Schutz als Gebrauchsmuster möglich ist! Gebrauchsmuster werden ebenfalls beim Patentamt angemeldet.

Aufgabe 5

Ja, nach dem Geschmacksmustergesetz. Die Anmeldung erfolgt beim Amtsgericht.

Aufgabe 6

Das Urheberrecht erlischt meist nach 70 Jahren, bei Lichtbildern beispielsweise erlischt die Frist bereits nach 25 Jahren.

4 Gesetze zum Umweltschutz

Aufgabe 1

Zuständigkeiten der Geschäftsleitung:

- Organisation und Delegation der Umweltschutzaufgaben an Führungskräfte,
- Bestellung von Beauftragten (z.B. Umweltschutz, Gefahrgut), so weit vom Gesetz gefordert,
- Sicherstellen von:
 - Reststoff- und Abfallsammlung,
 - ordnungsgemäße Entsorgung,
 - Abwasserreinigung, usw.

Aufgabe 2

Abfälle sind bewegliche Sachen, deren man sich entledigen will oder deren Entsorgung zur Wahrung des Allgemeinwohls oder auch besonders zum Schutz der Umwelt geboten ist.

Aufgabe 3

- Recycling (Wiederverwertung)
- Nutzung als Energieträger

Aufgabe 4

- Ermittlungspflicht
- allgemeine Schutzpflicht
- Überwachungspflicht

Aufgabe 5



T+ Sehr giftig
oder
T Giftig



Xn Mindergiftig
oder
Xi Reizend



C Ätzend



E Explosionsgefährlich



O Brandfördernd



F+ Hochentzündlich
oder
F Leichtentzündlich

5 Arbeitsschutzrecht

Aufgabe 1

Als typisches Merkmal für den Arbeitsvertrag gilt:

Der Arbeitsvertrag ist ein Vertrag, bei dem eine Partei (der Arbeitnehmer) seine Arbeitskraft gegen Entgelt während bestimmter oder unbestimmter Zeit in den Dienst einer anderen Partei (Arbeitgeber) stellt.

Aufgabe 2

Bei dem Werkvertrag verspricht das Unternehmen einen bestimmten Erfolg. Dieser Erfolg steht im Mittelpunkt der Arbeit. Z. B. verspricht der Bauunternehmer dem Bauherren sein Haus fristgerecht zu einem bestimmten Zeitpunkt nach den Plänen des Architekten fachgerecht zu erstellen. Der Arbeitnehmer verspricht lediglich, die Arbeit auszuführen.

Aufgabe 3

Die Entstehung des Arbeitsvertrages ist durch folgende Punkte gekennzeichnet:

- Willenserklärung,
- Abschlussfreiheit,
- Gestaltungsfreiheit,
- Geschäftsfähigkeit,
- Formfreiheit,
- Beteiligung des Betriebsrates,
- Vorstellungskosten,
- Einholen von Auskünften.

Aufgabe 4

Hat ein Betrieb mehr als 20 wahlberechtigte Arbeitnehmer, hat der Betriebsrat bei der Einstellung neuer Mitarbeiter ein Mitbestimmungsrecht.

Aufgabe 5

Grundsätzlich ist ein Arbeitnehmer zur Leistung von Überstunden verpflichtet. Da diese Arbeit zwingend notwendig ist für den Betrieb, muss der Mitarbeiter die Überstunden leisten.

Aufgabe 6

- Teilzeitarbeit: Hier handelt es sich um eine feste Anstellung mit herabgesetzter Stundenzahl.
- Zeitarbeit: Hier besteht ein Vertragsverhältnis zwischen dem Arbeitgeber und der Zeitarbeitsfirma sowie der Zeitarbeitsfirma und dem Arbeitnehmer. Die Zeitarbeitsfirma überlässt leihweise die Arbeitsleistung ihres Arbeitnehmers gegen Geldzahlung einem anderen Unternehmen.
- Jobsharing: Hierunter versteht man, dass sich zwei oder mehrere Arbeitnehmer einen Vollzeitarbeitsplatz teilen. Dabei verpflichten diese sich, seine ganztägige Besetzung sicherzustellen.

Aufgabe 7

DIN Deutsches Institut für Normung e.V.

MAK Maximale Arbeitskonzentration

VBG Verzeichnis der Einzelunfallverhütungsvorschriften des Hauptverbandes der gewerblichen Berufsgenossenschaften

UVV Unfallverhütungsvorschrift